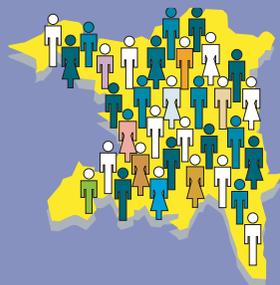


Thematischer Atlas des Kantons Aargau



Bevölkerung



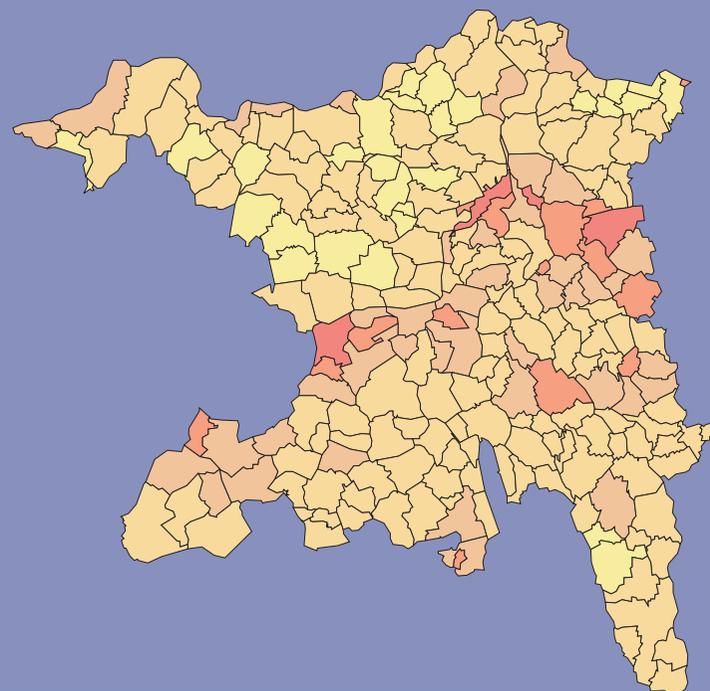
Wirtschaft und Arbeit



Bildung



Politik



Thematischer Atlas des Kantons Aargau

Herausgegeben vom
Statistischen Amt
des Kantons Aargau

April 2004

Gemeindekarte



Bei Verwendung von Karten, Grafiken oder Text aus dem Thematischen Atlas des Kantons Aargau wird um Quellenangabe ersucht.

Druck Binkert Druck AG, Baslerstrasse 15
5080 Laufenburg

Umschlag, Grafische Gestaltung Statistisches Amt des Kantons Aargau und Beat Lussi, Werbegrafiker, Winkelstrasse 7, 5236 Remigen

Layout, Grafiken, Kartografie Statistisches Amt des Kantons Aargau, Bleichemattstrasse 4, 5000 Aarau



Vorwort

Der Aargau, ein faszinierender Kanton. Der zum ersten Mal vorliegende thematische Atlas des Kantons Aargau zeigt die Vielfalt und die Vielseitigkeit unseres Kantons, spiegelt seine Entwicklungen, den Wandel seit seiner Gründung und die zu erwartenden Herausforderungen der Zukunft. Gleichzeitig dient er als historisches Nachschlagewerk und enthält wichtige Entscheidungsgrundlagen für die Politik.

Uns Leser oder Leserinnen verpflichtet er, mit den Resultaten und den Erkenntnissen, die wir aus den dargestellten Fakten und Zahlen ableiten, sorgfältig umzugehen. So gesehen stellt er ein Grundlagenwerk für die Zukunft dar. Stellenweise regt er auch an, stimmt nachdenklich oder überrascht. Beispielsweise durch den «Nettoverwaltungsaufwand pro Kopf» nach Gemeinden oder die Entwicklung der «Altersstruktur der Gesamtbevölkerung».

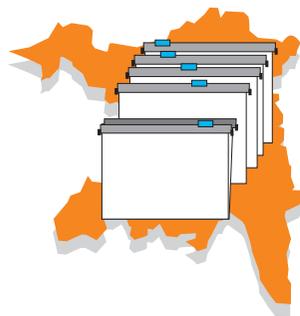
Der thematische Atlas macht die Folgen der Politik genauso sichtbar wie er bisherige Trends oder Vermutungen verdeutlicht. So beispielsweise spiegelt die Grafik mit der Zunahme der Bildungskosten die vom Regierungsrat eingeschlagene und vom Grossen Rat gutgeheissene Strategie, das Bildungsniveau ein-

schliesslich Kostenfolgen anzuheben, um die Standort- und Wettbewerbsfähigkeit des Kantons langfristig sichern zu können. Anschaulich ist andernorts auch die Bevölkerungsentwicklung nach Gemeindetypen zwischen 1900 und 2000. Die entsprechenden Abbildungen geben nicht einfach die Verlagerung des gewaltigen jährlichen Wachstums der Jahre 1950 bis 1970 in und um die Zentren und in den ländlichen Gemeinden des Kantons wieder, sondern sind gleichzeitig auch Ausdruck einer allgemeinen Verstädterung. Die Bevölkerungszunahme in den ohnehin bevölkerungsreichen und wachstumsstarken Bezirken Baden und Aarau unterstreicht diese Tendenz. Daraus lässt sich wiederum die Notwendigkeit ableiten, die Raumnutzungsordnung anzupassen, beziehungsweise durch eine viel wichtigere Raumentwicklungsordnung abzulösen, in grösseren Räumen und über Kantonsgrenzen hinaus zu denken und zu handeln. Oder die anschaulichen Bilder zeigen beispielsweise, wie wichtig es ist, eine gesamtschweizerische Agglomerationspolitik zu definieren und staatliche Aufgaben überregional zu organisieren.

Die Auswahl der vorgestellten Themen ist geglückt. Der thematische Atlas des Kantons Aargau ist gut ver-

ständig, klar strukturiert und aufschlussreich. Was vorliegt, ist sorgfältig gemacht. Die Lektüre im thematischen Atlas ist interessant und spannend zugleich. Ich gratuliere und danke allen, die daran mitgearbeitet haben.

Marc Pfirter,
Staatschreiber



Themen

1	Einleitung	7
2	Bevölkerung	9
2.1	Bevölkerungsentwicklung	10
2.2	Ausländische Wohnbevölkerung	11
2.3	Konfessionen	16
2.4	Zivilstand	17
3	Wirtschaft und Arbeit	19
3.1	Von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft	20
3.2	Der tägliche Weg zur Arbeit	25
3.3	Steuererträge und Aufgabenlast der Gemeinden	28
4	Bildung	31
4.1	Frauenanteil an den Maturitätsschulen	32
4.2	Fremdsprachige Schülerinnen und Schüler ...	33
4.3	Einschulungsklassen	35
5	Politik	37
5.1	Parteienlandschaft	38
5.2	Abstimmungsergebnisse ausgewählter Vorlagen	44

Karten

Jährliches Bevölkerungswachstum nach Gemeinden	10
Ausländeranteil nach Gemeinden	14
Ausländische Bevölkerung nach Bezirken und Nationalitäten	15
Anteil Protestanten und Katholiken an der Gesamtbevölkerung nach Gemeinden	16
Anteil der Ledigen und Verheirateten an den 25- bis 40-Jährigen nach Bezirken	17
Anteil der Geschiedenen an den 25- bis 40-Jährigen nach Bezirken	18
Erwerbstätige nach Bezirken und Wirtschaftssektoren	20
Anteil der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft nach Wohnort	21
Anteil der Erwerbstätigen im Industrie- und Gewerbesektor nach Wohnort	22
Anteil der Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor nach Wohnort	23
Wegpendlerquoten nach Gemeinden	25
Zupendlerquoten nach Gemeinden	26
Steuerkraft in Franken pro Einwohner nach Gemeinden	28

Nettoverwaltungsaufwand in Franken pro Einwohner nach Gemeinden	29
Frauenanteil an den Maturitätsschulen	32
Anteil Fremdsprachige an den Primarschulen nach Schulort	34
Anteil Schülerinnen und Schüler der Einschulungsklasse an allen Erstklässlern nach Wohnort	35
Nationalratswahlen; Stimmenanteile der Parteien nach Bezirken	38
Nationalratswahlen; Stimmenanteil der SP nach Gemeinden	40
Nationalratswahlen; Stimmenanteil der FDP nach Gemeinden	41
Nationalratswahlen; Stimmenanteil der CVP nach Gemeinden	42
Nationalratswahlen; Stimmenanteil der SVP nach Gemeinden	43
Ja-Stimmenanteile bei den UNO-Vorlagen nach Gemeinden	44
Ja-Stimmenanteile bei Gleichstellungsvorlagen nach Gemeinden	45
Ja-Stimmenanteile bei Vorlagen zu institutionellen Reformen nach Gemeinden	46

Grafiken

Bevölkerungsentwicklung nach Bezirken	11
Bevölkerungsentwicklung nach Gemeindetypen ..	11
Altersstruktur der Gesamtbevölkerung	12
Entwicklung der ausländischen Bevölkerung nach Bezirken	13
Entwicklung der ausländischen Bevölkerung nach Gemeindetypen	13
Erwerbsquoten der Gesamtbevölkerung	24
Erwerbsquoten der ausländischen Bevölkerung ..	24
Funktionale Gliederung des Nettoverwaltungs- aufwandes der Gemeinden in Franken pro Einwohner	30
Frauenanteil an der Oberstufe, den Maturitäts- und den Berufsschulen	32
Anteil Fremdsprachige nach Schultypen	33
Nationalratswahlen; Entwicklung der Wähleranteile der heutigen Bundesratsparteien	39
Nationalratswahlen; Entwicklung der Wähleranteile der Nicht-Bundesratsparteien	39



Einleitung

Der vorliegende Atlas soll verschiedene Aspekte der Entwicklung des Kantons Aargau in den letzten 200 Jahren aufzeigen. Es wurden dabei gewisse Themen ausgewählt – andere mussten weggelassen werden. Ziel war, die grossen Linien darzustellen und Elemente zu erfassen, die vielleicht auch im Hinblick auf zukünftige Entwicklungen wichtig sind.

Das Thema Bevölkerung ist ein Muss. Denn der Kanton Aargau – das sind vor allem auch die Aargauerinnen und Aargauer. Die Entwicklungen im Bereich Wirtschaft und Arbeit sind von existenzieller Bedeutung und eignen sich auch, um wesentliche gesellschaftliche Veränderungen darzustellen.

Der Bildung als wichtigster Ressource der Schweiz und des Aargaus ist das dritte Kapitel gewidmet. Die Politik schliesslich ist der Spiegel gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Das gilt sowohl für ihre Institutionen wie auch für ihre Themen. Die Veränderung des Parteiensystems und der Wandel bei Abstimmungsergebnissen widerspiegeln gesellschaftliche Veränderungen, die unsere Werthaltungen und Meinungen prägen.

Methodische Hinweise

Raumeinheiten

Als Raumeinheiten für die Darstellung der Themen werden meist die Gemeinden verwendet. Sie bilden nach wie vor unser unmittelbares Lebensumfeld und sind die kleinste politische Einheit. Aus methodischer Sicht sind sie auch klein genug, um regional unterschiedliche Entwicklungen sichtbar zu machen. Für einzelne Karten werden die Bezirke verwendet, wenn das Thema so genügend genau dargestellt werden kann.

Gemeindegrenzen

Die verwendeten Daten wurden vom Aargauischen Geographischen Informationssystem übernommen. Sie basieren auf dem Datensatz Gemeindegrenzen des Bundesamtes für Statistik. Die Daten wurden 1990 erfasst und seither laufend aufdatiert. Auch für frühere Darstellungen wird der Stand 2000 der Gemeindegrenzen verwendet. Die Karten für spätere Jahre basieren dagegen auf den aktuellen Gemeindegrenzen. Eine Übersichtskarte der Gemeinden findet sich auf Seite 2.

Gemeindetypen

Einige Themen werden nach Gemeindetypen analysiert. Die Gemeindetypen erlauben, Gemeinden mit ähnlichen Merkmalen etwa bezüglich Zentrumsfunktion oder Anteil der Landwirtschaft zusammenfassend zu behandeln. Dabei werden die 5 Typen des Bundesamtes für Statistik gemäss nachstehender Tabelle verwendet.

Tabelle der Gemeindetypen

Bezeichnung	Beschreibung	Beispiele
Grosszentren		keine
Mittel- und Kleinzentren		Aarau, Baden
Zentrumsnahe Vorortgemeinden	zentrennahe Arbeitsplatz- und Wohngemeinden	Buchs, Oberentfelden
Zentrumsferne Vorortgemeinden	zwischen suburbanen und landwirtschaftlichen Gemeinden	Biberstein, Erlinsbach
Ländliche Gemeinden	restliche, eher ländliche Gemeinden	Stetten, Büttikon

Quellen

Aargauisches Geographisches Informationssystem: Grundlagenkarte Gemeindegrenzen

Bühler, Elisabeth: «Frauen- und Gleichstellungsatlas Schweiz», Seismo-Verlag, Zürich, 2001

Bundesamt für Statistik: Volkszählungen 1803 bis 2000

Bundesrat: Erläuterungen zu den Abstimmungen (Internetadresse <http://www.admin.ch/ch/d/pore/va>)

Gemeinden des Kantons Aargau: «Die Aargauer Gemeinden», Offizielles Gemeinschaftswerk sämtlicher 231 Gemeinden sowie der kantonalen Arbeitsgruppe «175 Jahre Aargau» und des Verlages Effingerhof, Brugg, 1978

Lerch, Christian; Zehnder, Patrick; Pörtner, Manuel: «In 200 Jahren von 1 auf 7. Die Aargauer Kantonschulen», AZ Grafische Betriebe AG, Aarau, 2002

Seiler, Christophe; Steigmeier, Andreas: «Geschichte des Aargaus, Illustrierter Überblick von der Urzeit bis zur Gegenwart», AT Verlag, Aarau, 1991

Statistisches Amt des Kantons Aargau: Bevölkerungsstatistik 2003, Heft 159, Mai 2004

Statistisches Amt des Kantons Aargau: Gemeindefinanzstatistik 2001, Heft 155, Mai 2003

Statistisches Amt des Kantons Aargau: Schulstatistik 2002, Heft 153, April 2003

Statistisches Amt des Kantons Aargau: Statistisches Jahrbuch des Kantons Aargau 2003, Dezember 2003

Vermessungsamt des Kantons Aargau: Gemeindekarte, Stand 2002



Inhalt

- 2 Bevölkerung
 - 2.1 Bevölkerungsentwicklung
 - Jährliches Bevölkerungswachstum in den Gemeinden
 - Bevölkerungsentwicklung nach Bezirken und Gemeindetypen
 - Altersstruktur der Gesamtbevölkerung
 - 2.2 Ausländische Wohnbevölkerung
 - Entwicklung der ausländischen Bevölkerung nach Bezirken und Gemeindetypen
 - Ausländeranteil nach Gemeinden
 - Ausländische Bevölkerung nach Bezirken und Nationalitäten
 - 2.3 Konfessionen
 - Anteil der Protestanten und Katholiken nach Gemeinden
 - 2.4 Zivilstand
 - Anteil der Ledigen, Verheirateten und Geschiedenen nach Gemeinden

Einleitung

Der Kanton Aargau, das sind vor allem auch die Aargauerinnen und Aargauer. Ihnen ist deshalb das erste Kapitel gewidmet. Die ersten Darstellungen mit der Bevölkerungsentwicklung und -verteilung zeigen zwei Merkmale, die sich im Verlaufe der Zeit ganz wesentlich verändert haben.

Die Bevölkerung des Aargaus ist seit seiner Gründung kontinuierlich gewachsen. Zwischen 1900 und 2000 hat sie von gut 200'000 auf knapp 550'000 Einwohner zugenommen. Ende 2003 zählte der Aargau bereits 564'810 Einwohner.

Dieses starke Wachstum gestaltete sich sowohl zeitlich wie auch räumlich sehr unterschiedlich. Ausgehend von einer recht gleichmässigen räumlichen Verteilung zu Beginn des 19. Jahrhunderts, begann zu Beginn des 20. Jahrhunderts ein vorerst langsames, dann aber ab etwa 1950 stark beschleunigtes Wachstum. Es erfasste vorerst eher die Städte, besonders Baden, Aarau, Lenzburg und Zofingen als industrielle Zentren, später auch ihr Umland und bis heute fast den ganzen Kanton, wobei auch immer stärker der Einfluss der umliegenden grossen Städte eine Rolle spielte.

Zwei weitere Themen sind die Konfession und der Zivilstand. Auch diese haben sich im Laufe der Zeit wesentlich verändert und dokumentieren damit teilweise auch den gesellschaftlichen Wandel.

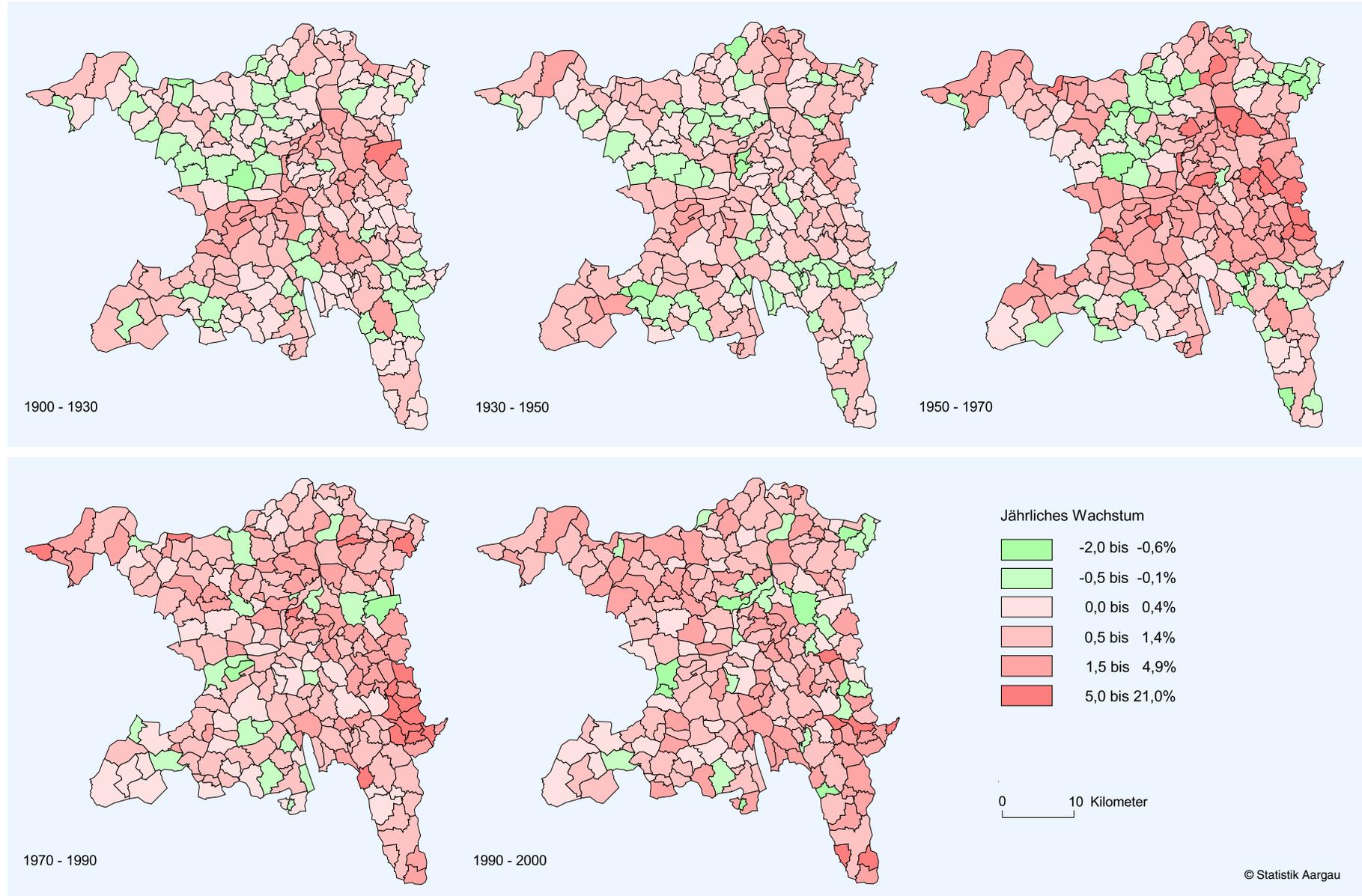
Schliesslich sind mehrere Karten der ausländischen Bevölkerung gewidmet. Sie macht heute über 20% der Gesamtbevölkerung aus. Dabei hat sich der Aargau vom Arbeits- und Wohnkanton für Bevölkerungsgruppen aus Deutschland und Italien zum Wohnort für Menschen aus den verschiedensten Ländern der Welt gewandelt.

In den Grafiken und Karten zur zeitlichen Entwicklung wird deutlich, dass der Anteil der ausländischen Bevölkerung stark von der wirtschaftlichen Situation abhängt. Noch heute haben die Gemeinden mit einem hohen Ausländeranteil von über 30% eine ganz besondere lokale Wirtschaftsstruktur.

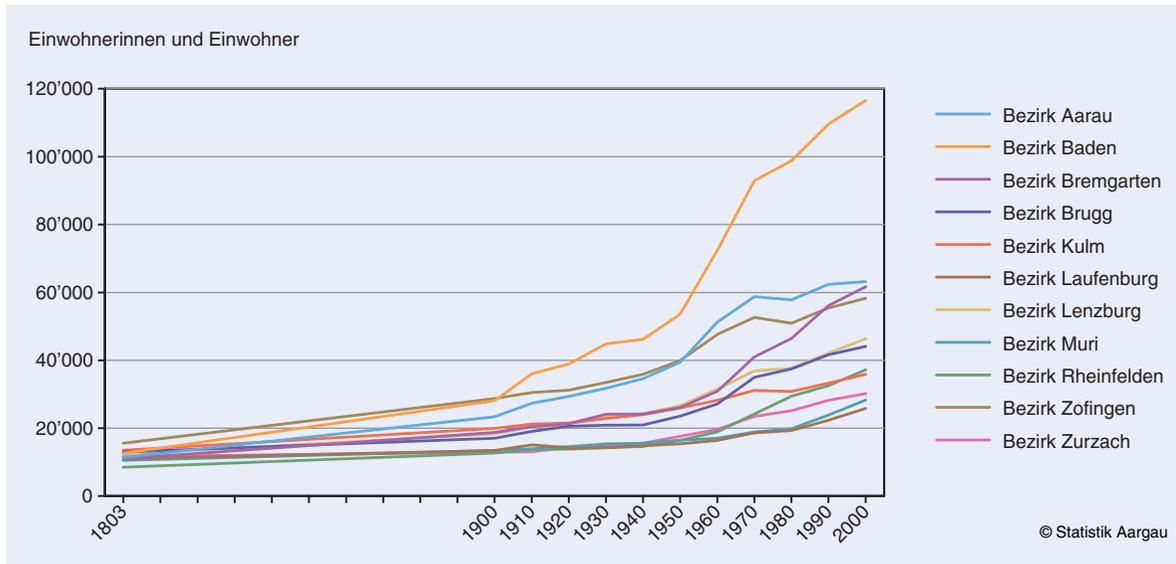
Obwohl vor allem die Veränderungen, die stattgefunden haben, den heutigen Aargau stark prägen, zeigt sich auch, wie beständig alte Strukturen sein können. Auch dafür sind die Karten zu den Konfessionen oder zum Ausländeranteil in den Gemeinden eindruckliche Beispiele.

2.1 Bevölkerungsentwicklung

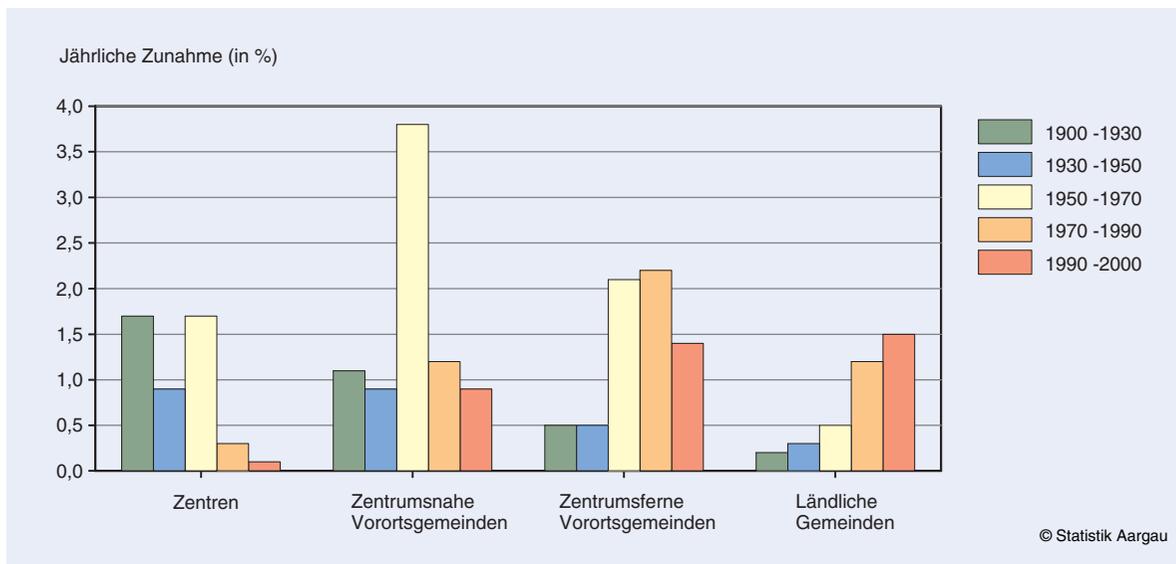
Jährliches Bevölkerungswachstum nach Gemeinden in Prozent, 1900–2000



Bevölkerungsentwicklung nach Bezirken, 1803–2000



Bevölkerungsentwicklung nach Gemeindetypen, 1900–2000



Bevölkerungsentwicklung

Allgemeine Entwicklung

Im 19. Jahrhundert wuchs die Bevölkerung in den Gemeinden noch schwach. Mit Beginn des 20. Jahrhunderts begann sich dann ein stärkeres Wachstum abzuzeichnen, das sich mit dem Wirtschaftsaufschwung der Nachkriegszeit zwischen 1950 und 1970 rasch beschleunigte. Nach 1970 erfolgte wieder eine leichte Abschwächung.

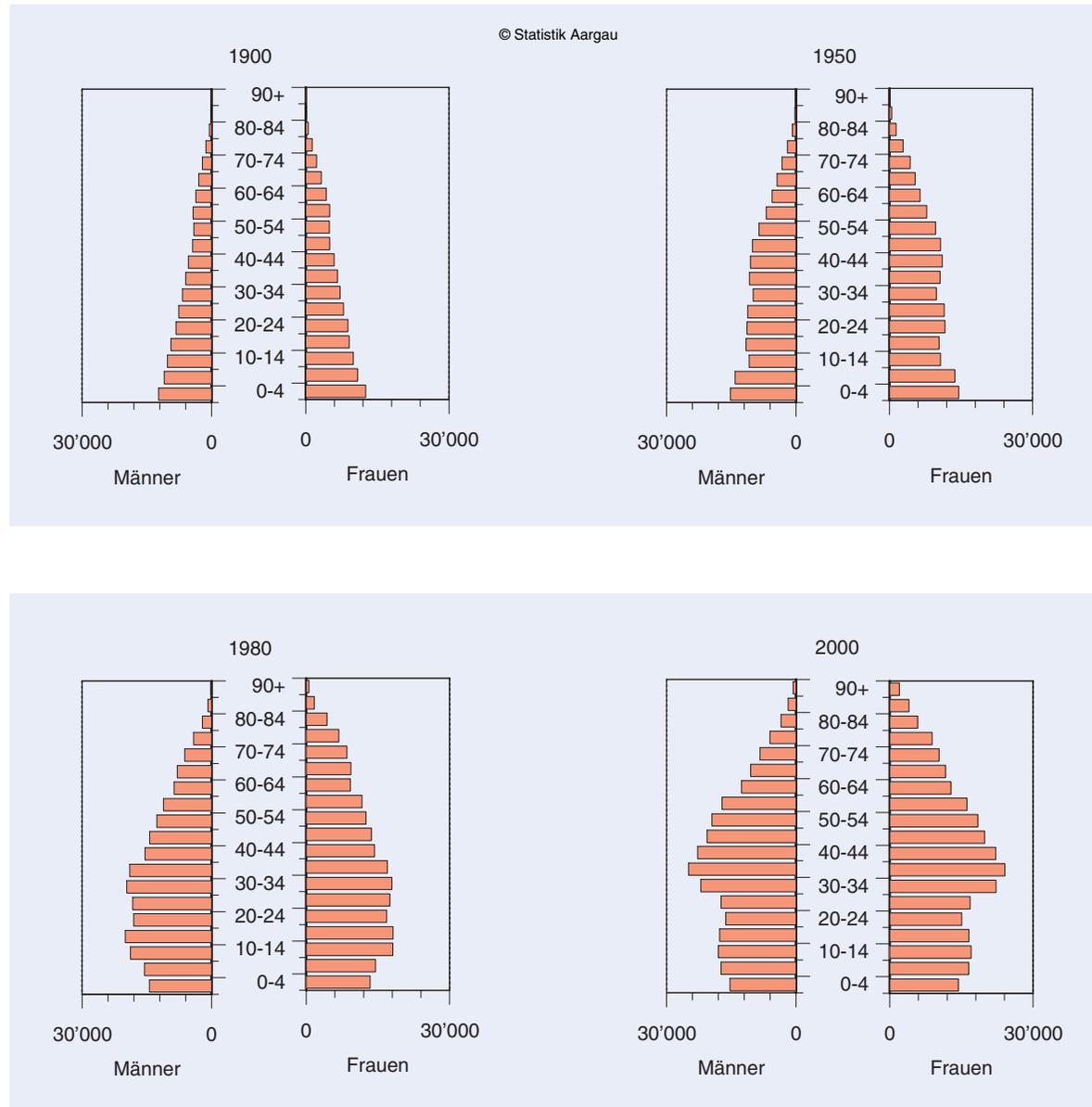
Regionale Unterschiede

Regionale Unterschiede bestehen sowohl bezüglich der Intensität wie auch des Zeitpunkts der Entwicklung. Die industriellen und städtischen Bezirke sind allgemein stärker gewachsen als die ländlichen. Dabei entwickelten sich die Zentren und die zentrumsnahen Gemeinden vor allem bis in die siebziger Jahre stark. Danach waren es die ländlichen Gemeinden, deren Einwohnerzahl stärker zunahm.

Entsprechend setzte die Entwicklung zuerst in den Bezirken Aarau und Baden ein, den alten Industriestandorten. In den Bezirken Bremgarten, Brugg und Rheinfelden erfolgte das Wachstum etwas später. Die heutigen Zuwachsraten sind dort vergleichsweise hoch. Jung ist das Bevölkerungswachstum generell in den Gemeinden des Fricktals und des Bezirks Muri, bewirkt durch den Einfluss der nahen Wirtschaftszentren Zürich und Basel.

Trotz dem zeitlich versetzten Wachstum vergrösserten sich die Unterschiede zwischen den Bezirken. 1803 hatte Zofingen als grösster Bezirk nicht einmal doppelt so viele Einwohner wie Rheinfelden als damals kleinster. Im Jahr 2000 ist der bevölkerungsreichste Bezirk Baden mit knapp 120'000 Einwohnerinnen und Einwohnern mehr als vier mal grösser als der Bezirk Laufenburg mit rund 26'000 Personen.

Altersstruktur der Gesamtbevölkerung, 1900–2000



Altersstruktur

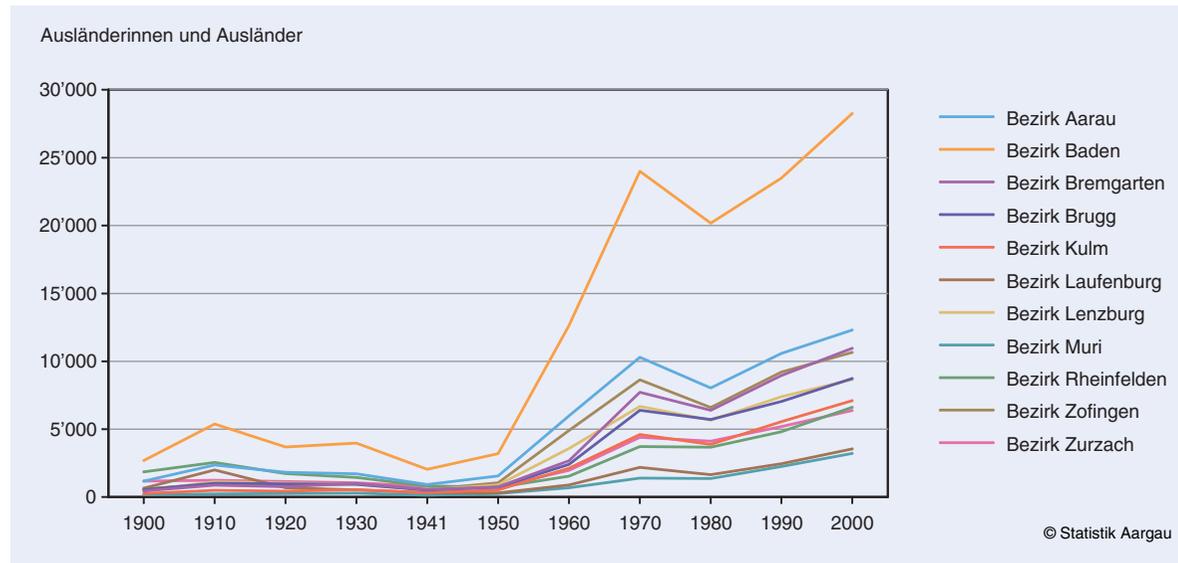
Die Bevölkerungsentwicklung wird von der Altersstruktur wesentlich beeinflusst. Diese hat sich in den letzten 100 Jahren im Kanton Aargau massiv verändert. Um 1900 und bis in die Fünfzigerjahre entsprach die Grafik der Altersklassen der Form einer Tanne und damit einer sich gleichmässig reproduzierenden Bevölkerung. Danach erfolgte zwar weiterhin eine starke Zunahme der Einwohner, aber immer mehr durch eine vermehrte Zuwanderung und weniger durch einen Geburtenüberschuss.

Ab etwa 1970 bis heute ist der Anteil der jüngeren Altersklassen laufend geringer geworden. Auch der Aargau ist deshalb zunehmend von einer Überalterung betroffen, obwohl er im Vergleich zu vielen anderen Kantonen noch eine verhältnismässig günstige Altersstruktur aufweist.

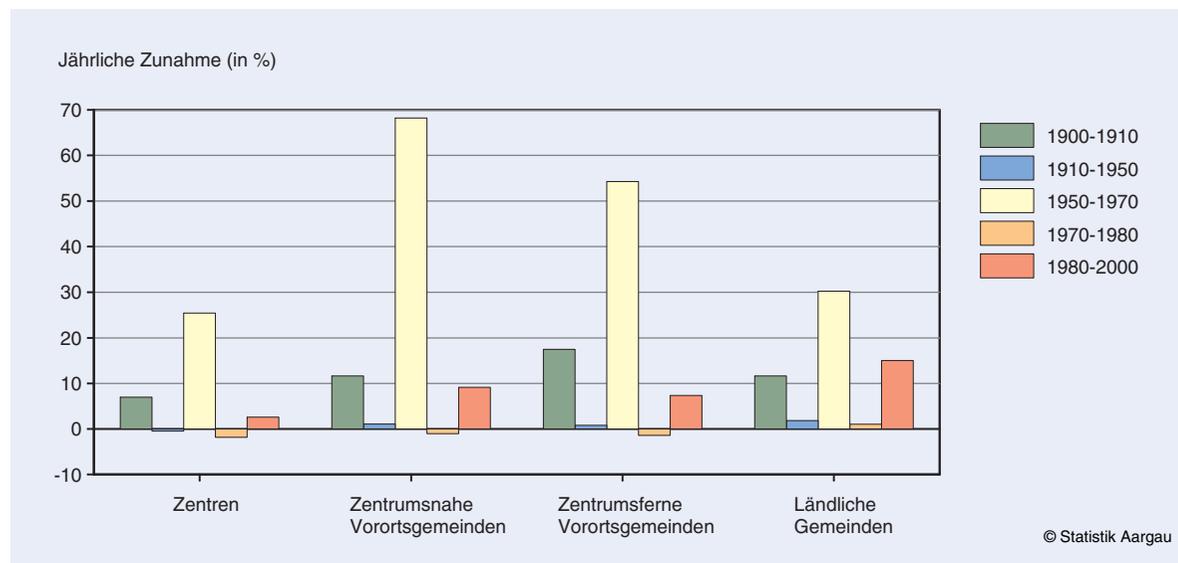
Die Ursachen für die ungünstige Bevölkerungsstruktur liegen vor allem in einem starken Rückgang der Geburtenziffern sowie in einer gestiegenen Lebenserwartung. Der Anteil der 0 bis 4-Jährigen betrug im Jahr 1900 12,0%, im Jahr 2000 jedoch nur noch 5,4%. Über den gleichen Zeitraum betrachtet stieg die mittlere Lebenserwartung bei Geburt für die Frauen um rund 34 und für die Männer um rund 31 Jahre.

2.2 Ausländische Wohnbevölkerung

Entwicklung der ausländischen Bevölkerung nach Bezirken, 1900–2000



Entwicklung der ausländischen Bevölkerung nach Gemeindetypen, 1900–2000



Entwicklung des Ausländeranteils

Allgemeine Entwicklung

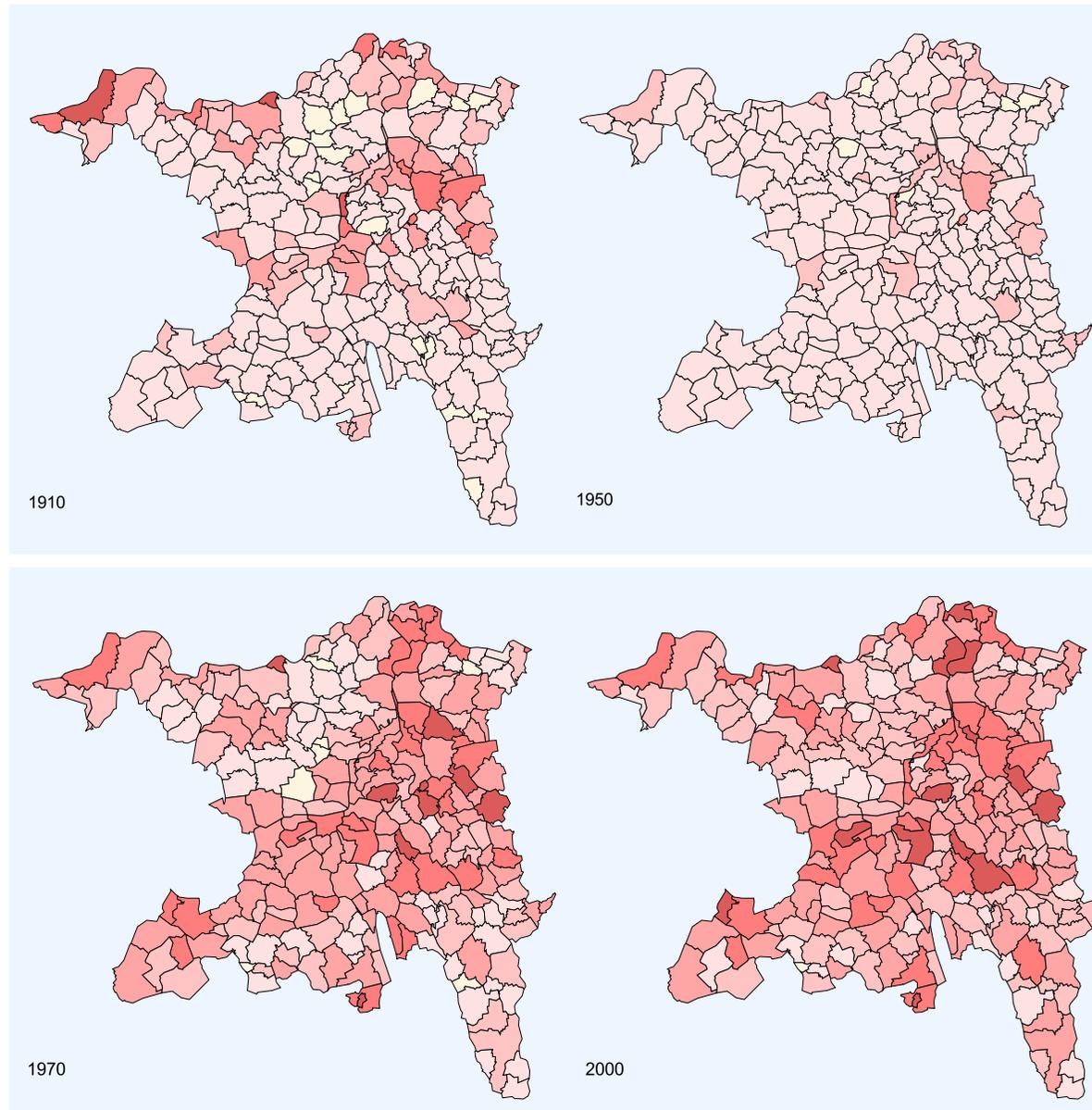
Die Gesamtbevölkerung nahm ausser in der Zeit zwischen 1970 und 1980 kontinuierlich zu. Für die Zahl der Ausländer gilt das nicht, denn deren Entwicklung hängt eng mit der Wirtschaftslage zusammen. In Zeiten wirtschaftlichen Wachstums wie von 1900 bis 1910 und 1950 bis 1970 nahm die ausländische Bevölkerung sehr stark zu. Ausländerinnen und Ausländer wurden als Arbeitskräfte in die Schweiz geholt. In den Rezessionen, während und zwischen den Weltkriegen, aber auch später, kehrten jeweils viele in ihre Heimatländer zurück.

Regionale Unterschiede

Besonders starke Zu- wie auch Abnahmen verzeichnen die Bezirke Baden, Aarau, Zofingen, Bremgarten und Lenzburg als wirtschaftliche Wachstumsregionen mit grossen Industriebetrieben. Auch hier gibt es regionale Unterschiede in der zeitlichen Entwicklung. 1900-1910 ist die ausländische Bevölkerung vor allem in den peripheren, ländlichen Gemeinden gewachsen. Denn die wirtschaftliche Entwicklung betraf die Landwirtschaft, die Textil-, Stroh- und Tabakindustrie. 1950-1970 fand das Wachstum in den suburbanen Gemeinden, nahe den Industriezentren statt. In den letzten 20 Jahren nahm die ausländische Bevölkerung prozentual wiederum in den ländlichen Gemeinden der Bezirke Muri und Kulm oder dem Fricktal besonders stark zu.

1910 hatten noch relativ wenige Gemeinden einen Ausländeranteil von mehr als 10%. In der Region Baden waren es vor allem diejenigen mit ausländischen Arbeitskräften der BBC. Auch die hohen Ausländeranteile der Gemeinden zwischen Schinznach und Lenzburg sind auf dort ansässige Industriebetriebe zurückzuführen. In Aarau war zwar kein Industriegigant wie in Baden vorhanden, als Hauptstadt des Kantons und als Sitz vieler kleiner und mittlerer Gewerbe- und Industriebetriebe bot die Stadt aber ebenfalls viele Arbeitsplätze.

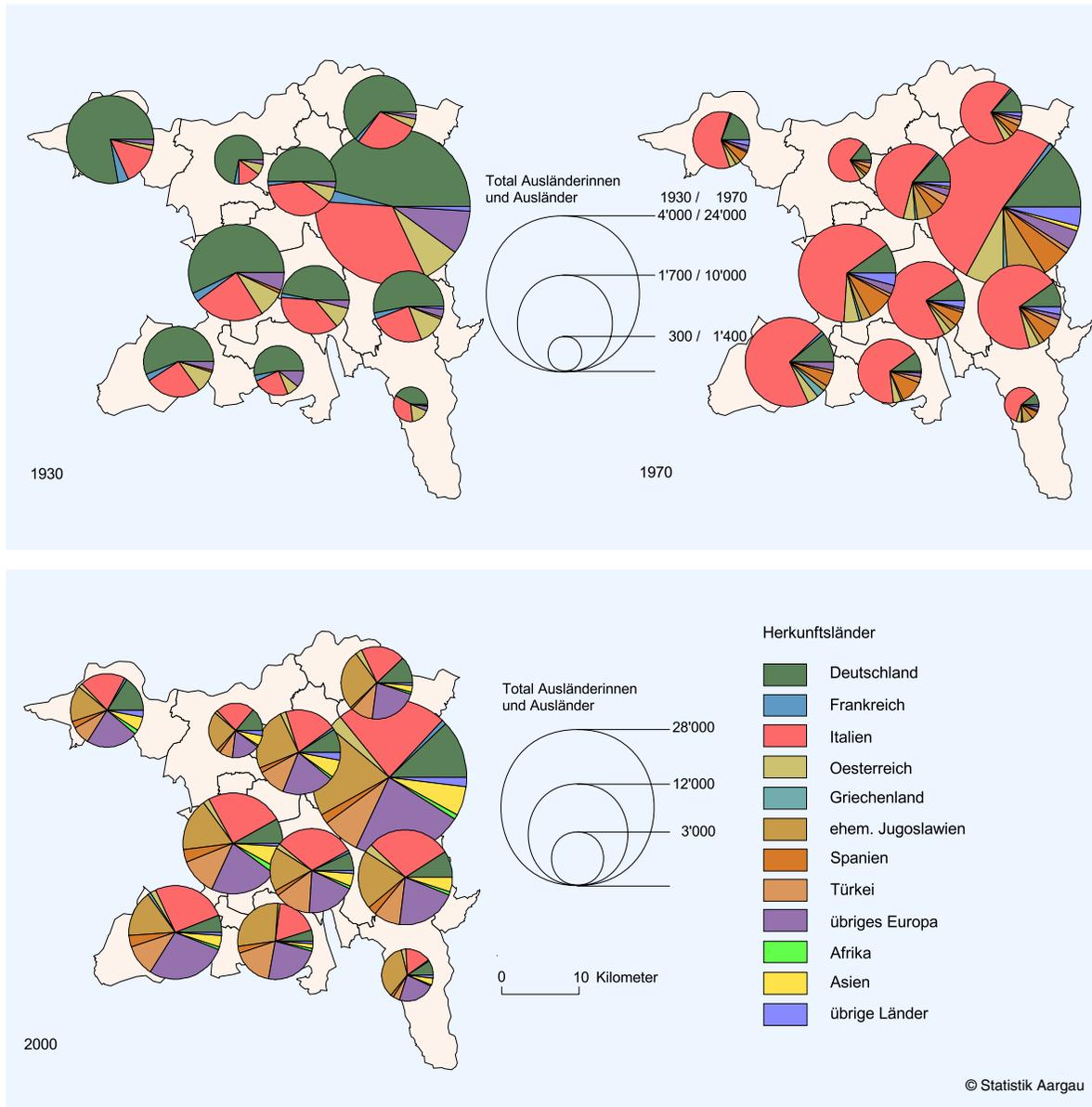
Ausländeranteil nach Gemeinden in Prozent, 1910–2000



Schliesslich zeigt sich in den Gemeinden entlang der nördlichen Kantonsgrenze die Verbindung zu Deutschland. Sehr hoch waren die Ausländeranteile 1910 in Rheinfelden und Laufenburg. Beide Gemeinden hatten eine besondere internationale Ausstrahlung. Rheinfelden entwickelte sich mit der Entdeckung von Salz zum bekannten Badekurort. Die beiden Brauereien, die Eröffnung der Bözbergbahn und der Bau des Kraftwerks zogen zusätzlich ausländische Arbeitskräfte an. Auch die Entwicklung von Laufenburg begann mit dem Bau des Kraftwerks. Mit der Schaltanlage der Elektrizitätsgesellschaft, noch heute eine Drehscheibe des europäischen Verbundnetzes, ist in der Gemeinde ein Unternehmen von internationalem Gewicht beheimatet.

In den Kriegszeiten nahm die ausländische Bevölkerung ab. 1950 betrug deshalb ihr Anteil in den meisten Gemeinden unter 5%. 1970, nach dem Wirtschaftsaufschwung, stieg er in vielen Gemeinden auf über 20%, insbesondere in der ganzen Wirtschaftsregion

Ausländische Bevölkerung nach Bezirken und Nationalitäten, 1930–2000



zwischen Baden/Wettingen und Aarau. Weitere wichtige Industrieregionen mit entsprechend grossem ausländischem Bevölkerungsanteil sind Rheinfelden (Chemie), Zurzach (Möbelindustrie) und Zofingen (Textilien, Bekleidungsindustrie, Chemie).

Der Aargau – ein internationaler Kanton

Allgemeine Entwicklung

Die meisten Ausländerinnen und Ausländer, die im Aargau leben, kommen aus europäischen Ländern. 1930 stammte der grösste Teil der ausländischen Bevölkerung aus Deutschland. 1970 machten die italienischen Arbeiterinnen und Arbeiter die Hälfte bis drei Viertel der ausländischen Bevölkerung aus. Im Vergleich zu 1930 kamen vermehrt auch Zuwanderer aus Spanien und aus dem damaligen Jugoslawien als Arbeitskräfte in den Aargau.

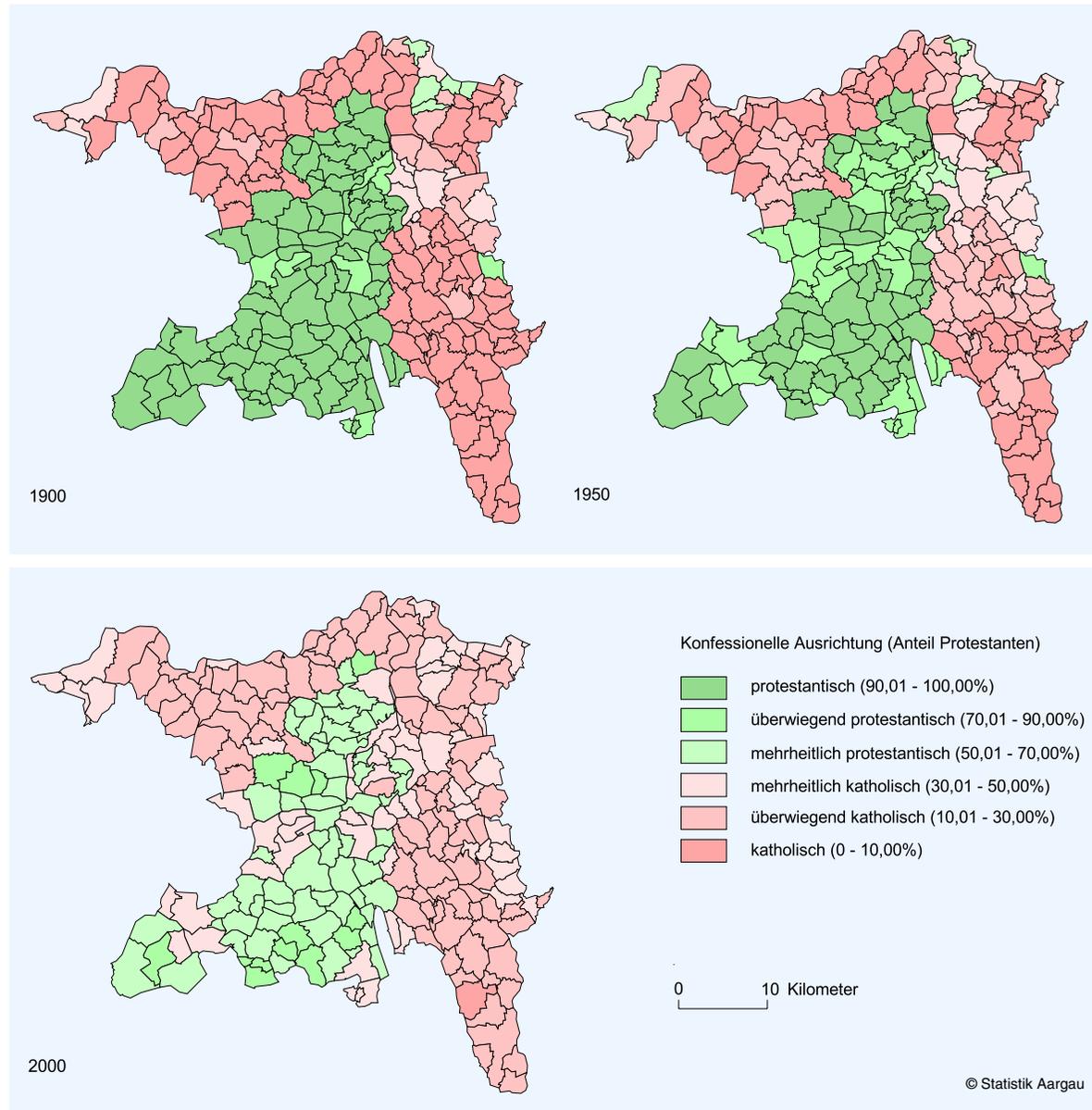
Heute ist die ausländische Bevölkerung sehr vielfältig zusammengesetzt. Einen Grossteil machen Leute aus Italien und dem ehemaligen Jugoslawien aus. Aber auch der Anteil aus der Türkei hat deutlich zugenommen. Daneben sind andere europäische Länder (vor allem osteuropäische) mit einem Anteil von bis zu einem Viertel vertreten. Während Leute asiatischer Herkunft mittlerweile gleich stark vertreten sind wie einzelne europäische Nationalitäten, ist der Anteil derjenigen aus afrikanischen Ländern immer noch sehr klein.

Regionale Unterschiede

Die regionalen Unterschiede sind gering. Deutsche sind in den nördlichen Bezirken stärker vertreten als in den südlichen. Sonst überwiegen je nach Bezirk Einwohner aus Italien oder dem ehemaligen Jugoslawien. In den städtischen Bezirken sind diejenigen aus Italien stärker vertreten, in den ländlichen hingegen diejenigen aus dem ehemaligen Jugoslawien.

2.3 Konfessionen

Anteil Protestanten und Katholiken an der Gesamtbevölkerung nach Gemeinden in Prozent, 1900–2000



Konfessionszugehörigkeit

Bei der Volkszählung 2000 waren im Kanton Aargau 37,7% der Bevölkerung protestantisch, 40,1% römisch-katholisch und 0,6% christkatholisch. Rund 9% gehörten einer anderen Konfession oder Religion an und 13% waren konfessionslos oder machten keine Angaben.

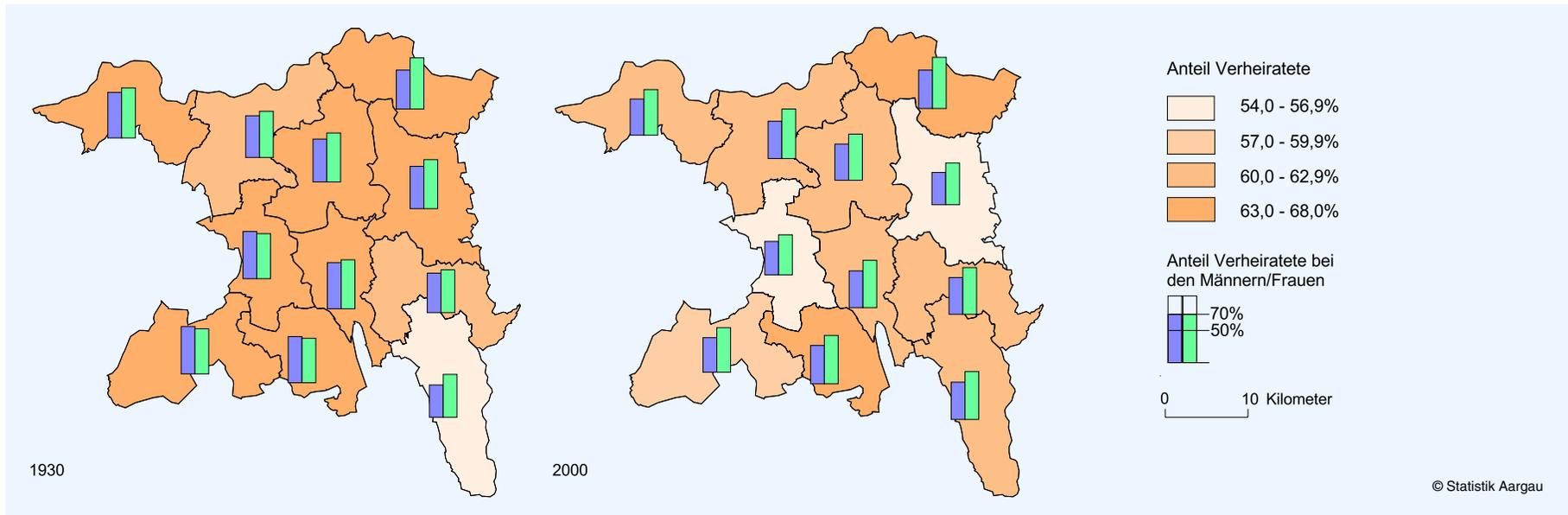
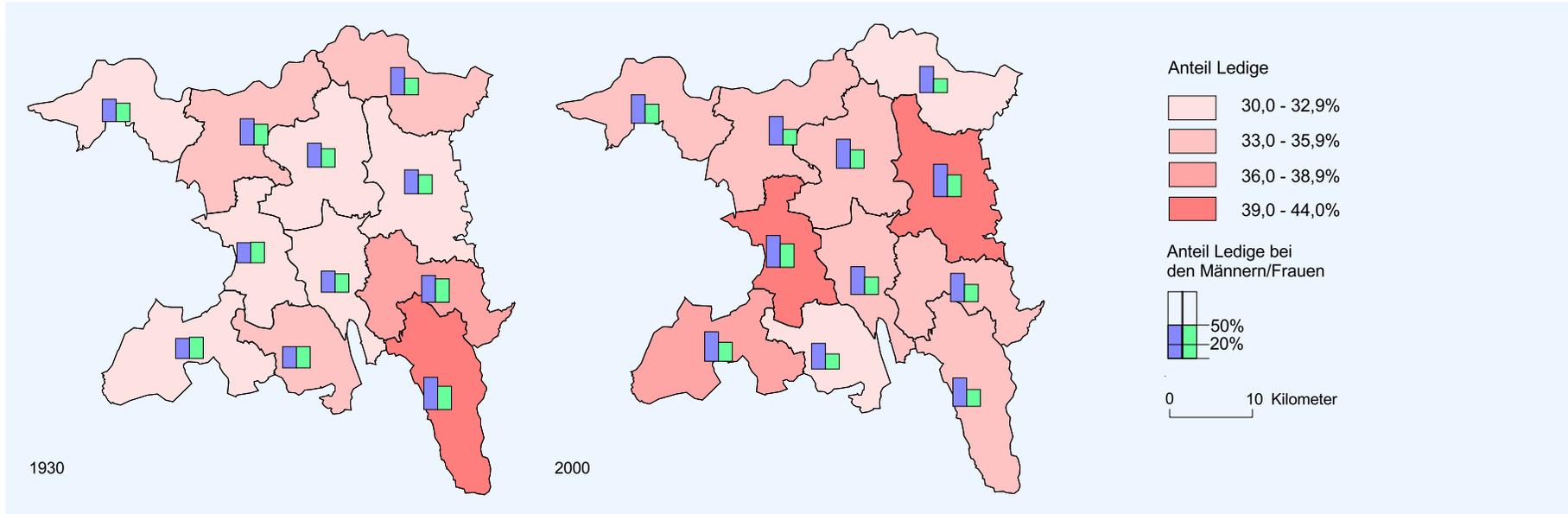
Die Reformation des 16. Jahrhunderts hatte für das heutige Kantonsgebiet des Aargaus eine konfessionelle Trennung zur Folge, deren Grenzen bis heute erkennbar sind. Allerdings wurden sie im Verlaufe des 20. Jahrhunderts mehr und mehr verwischt. Die nebenstehenden Karten zeigen die Entwicklung der räumlichen Verteilung der Konfessionen im 20. Jahrhundert.

Während noch im Jahr 1900 praktisch im gesamten Berner Aargau (ausser in den Gemeinden Aarau, Buchs, Lenzburg, Holderbank, Brugg und Windisch) der Anteil der Protestanten bei über 90% lag, sank er bis 1950 zunächst in den stark industrialisierten Gemeinden. Die Karte von 2000 zeigt, dass diese Entwicklung nach 1950 auch in eher ländlich geprägten Gemeinden stattgefunden hat. Die Bevölkerung einzelner Agglomerationsgemeinden im Berner Aargau war im Jahr 2000 sogar mehrheitlich katholisch.

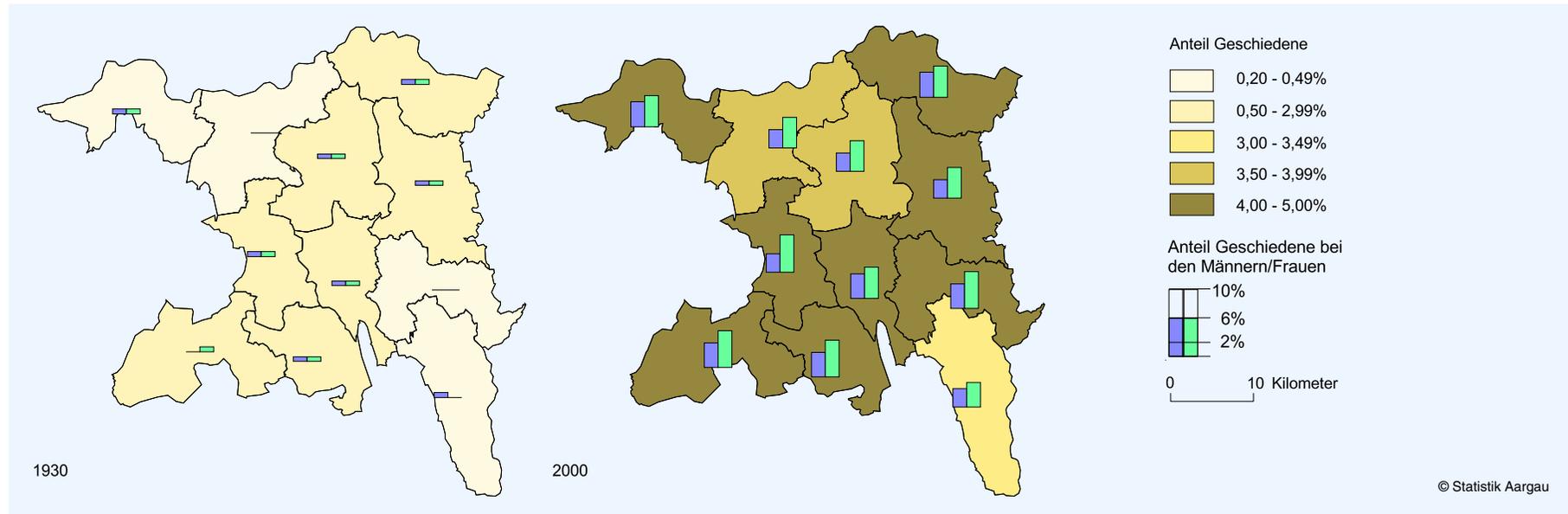
Auch der Anteil der Katholiken an der Gesamtbevölkerung in den traditionell katholischen Gebieten Fricktal, Freiamt und in der ehemaligen Grafschaft Baden ist im Verlaufe des 20. Jahrhunderts erheblich gesunken. Ähnlich wie im traditionell protestantischen Berner Aargau fand die konfessionelle Durchmischung zunächst vor allem in den stark industrialisierten Gemeinden statt und erfasste später auch ländliche Gemeinden. Allerdings blieb in sämtlichen traditionell katholischen Gemeinden die Konfessionsmehrheit erhalten.

2.4 Zivilstand

Anteil der Ledigen und Verheirateten an den 25- bis 40-Jährigen nach Bezirken in Prozent, 1930 und 2000



Anteil der Geschiedenen an den 25- bis 40-Jährigen nach Bezirken in Prozent, 1930 und 2000



Zivilstand im zeitlichen Vergleich

Allgemeine Entwicklung

Der Zivilstand wird nur für die Altersklasse der 25- bis 40-Jährigen betrachtet, um dadurch den Einfluss wegen Änderungen in der Lebenserwartung im Laufe der Zeit zu reduzieren. Zwischen 1930 und 2000 nahmen die Ledigen und die Geschiedenen in der betrachteten Altersklasse zu, der Anteil der Verheirateten sank. Diese Entwicklung kann unter anderem mit der zunehmenden Individualisierung unserer Gesellschaft in Zusammenhang gebracht werden.

Es bestehen deutliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Bei den Männern ist der Anteil der Ledigen höher als bei den Frauen. Bei den Verheirateten und den Geschiedenen ist es umgekehrt. Diese Unterschiede sind zwischen 1930 und 2000 grösser geworden. Der heute höhere Anteil geschiedener

Frauen gegenüber 1930 mag sowohl mit dem gesellschaftlichen Wandel als auch mit der materiellen Besserstellung der Frau im Falle einer Scheidung zusammenhängen.

Regionale Unterschiede

Die Karte mit dem Anteil der Ledigen ist in etwa gegengleich zur Karte der Verheirateten. 1930 war der Anteil der Ledigen in den ländlichen Regionen und insbesondere im Bezirk Muri hoch. Heute ist es umgekehrt. In den zentrumsnahen Gemeinden, vor allem der Bezirke Aarau und Baden, leben vergleichsweise viele Ledige und Geschiedene und wenig Verheiratete. Dass in den katholischen Regionen die Ehe eine zentralere Rolle einnehmen würde als in den protestantischen, bestätigt sich aufgrund des Anteils Lediger beziehungsweise Verheirateter in der betrachteten Altersklasse nicht. Der Anteil der Geschiedenen hin-

gegen ist zumindest in den ländlichen Bezirken des katholischen Aargaus eher tief.

In den städtischen Regionen sind die Unterschiede zwischen den Geschlechtern bei den Ledigen eher kleiner als auf dem Land, bei den Geschiedenen eher grösser.

3 Wirtschaft und Arbeit



Inhalt

- 3 Wirtschaft und Arbeit
 - 3.1 Von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft
 - Erwerbstätige nach Bezirken und Wirtschaftssektoren
 - Anteil der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft, dem Industrie- und Gewerbesektor sowie dem Dienstleistungssektor nach Wohnort
 - Erwerbsquoten der Gesamtbevölkerung und der ausländischen Bevölkerung
 - 3.2 Der tägliche Weg zur Arbeit
 - Wegpendlerquoten nach Gemeinden
 - Zupendlerquoten nach Gemeinden
 - 3.3 Steuererträge und Aufgabenlast der Gemeinden
 - Steuerkraft pro Einwohner nach Gemeinden
 - Nettoverwaltungsaufwand pro Einwohner nach Gemeinden
 - Funktionale Gliederung des Nettoverwaltungsaufwandes der Gemeinden pro Einwohner

Einleitung

Im Bereich Wirtschaft und Arbeit werden drei Themen behandelt: die Entwicklung von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft, die Pendlerbewegungen und, weil auch Staat und Gemeinden in verschiedener Hinsicht ein wichtiger Faktor für die Wirtschaft sind, die Gemeindefinanzen.

Der Kanton Aargau blieb von den bedeutenden wirtschaftlichen Veränderungen, die während des 20. Jahrhunderts auf globaler und nationaler Ebene stattgefunden haben, nicht unbeeinflusst.

Prägend für die Entwicklung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts waren die zwei Weltkriege und die dazwischenliegende Weltwirtschaftskrise am Anfang der Dreissigerjahre. Diese Ereignisse beeinflussten die wirtschaftliche Entwicklung im Aargau stark. Vor allem die Weltwirtschaftskrise führte zu einer hohen Arbeitslosigkeit, da insbesondere die Exportwirtschaft stark unter dem relativ stabil gebliebenen Frankenkurs litt. Weltwirtschaftskrise und Weltkriege führten aber auch zu Engpässen bei der Versorgung der Bevölkerung mit Gütern des täglichen Bedarfs.

Das Ende des zweiten Weltkrieges förderte im In- und Ausland einen enormen Nachholbedarf an Konsumgütern zu Tage. Dank einer über die Kriegsjahre intakt gebliebenen Infrastruktur konnte die Schweiz in den

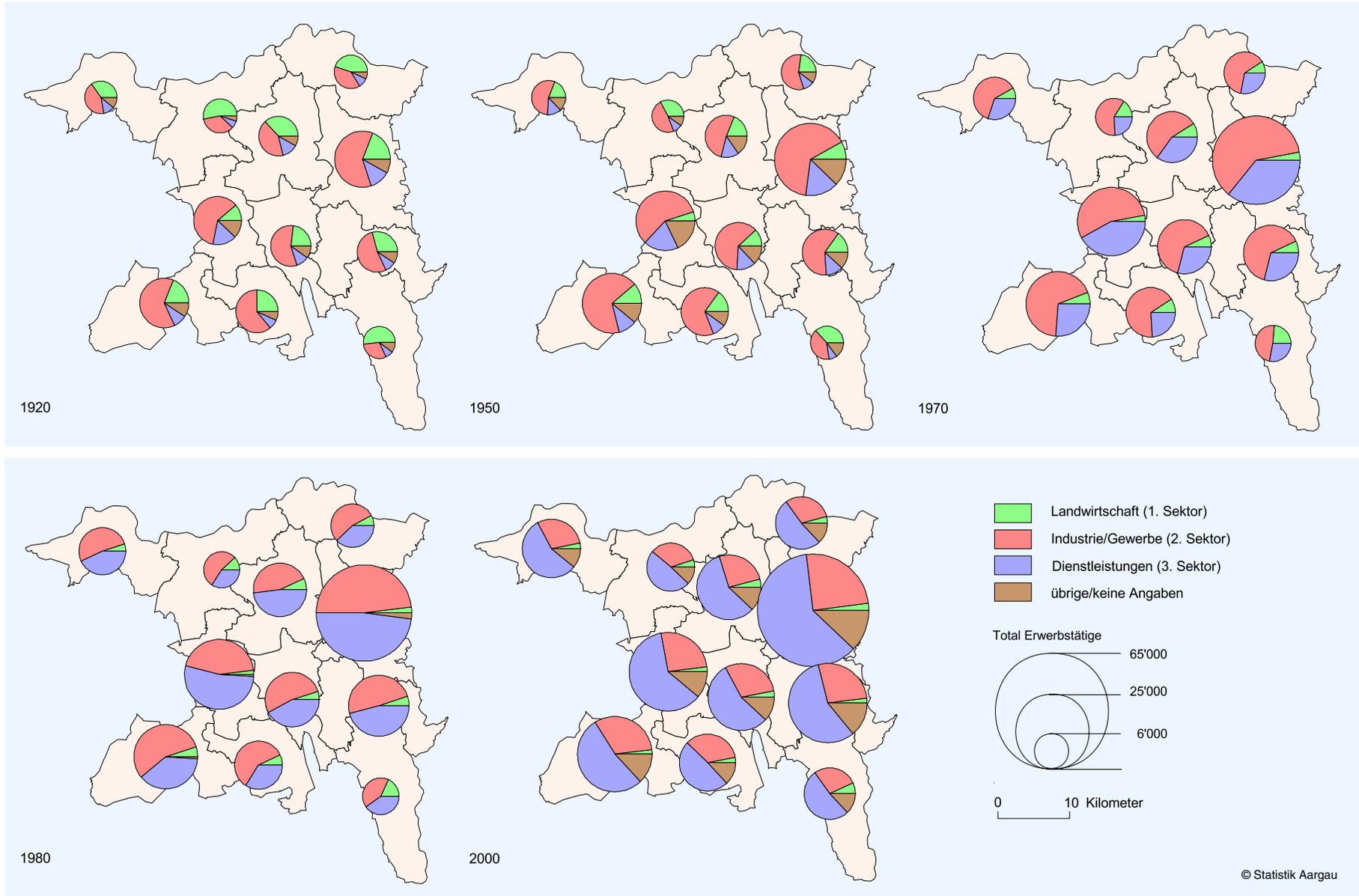
Nachkriegsjahren bei der Erfüllung der Konsumbedürfnisse einen wichtigen Beitrag leisten, was zu einem beispiellosen Aufschwung führte. Durch seine verkehrstechnisch hervorragende Anbindung kam dem Aargau dabei innerhalb der Schweiz und gegenüber dem Ausland eine besondere Bedeutung zu. Später blieb jedoch auch die aargauische Wirtschaft von den Rezessionen der Siebziger-, Achtziger und Neunzigerjahre nicht verschont.

Die allgemeine wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung führte auch zu bedeutenden strukturellen Veränderungen. Besonders augenfällig ist die Verlagerung der erwerbstätigen Bevölkerung vom landwirtschaftlichen Sektor über den industriellen hin zum Dienstleistungssektor, wobei im Kanton Aargau die Verschiebung zu den Dienstleistungen etwas später einsetzte als in der übrigen Schweiz.

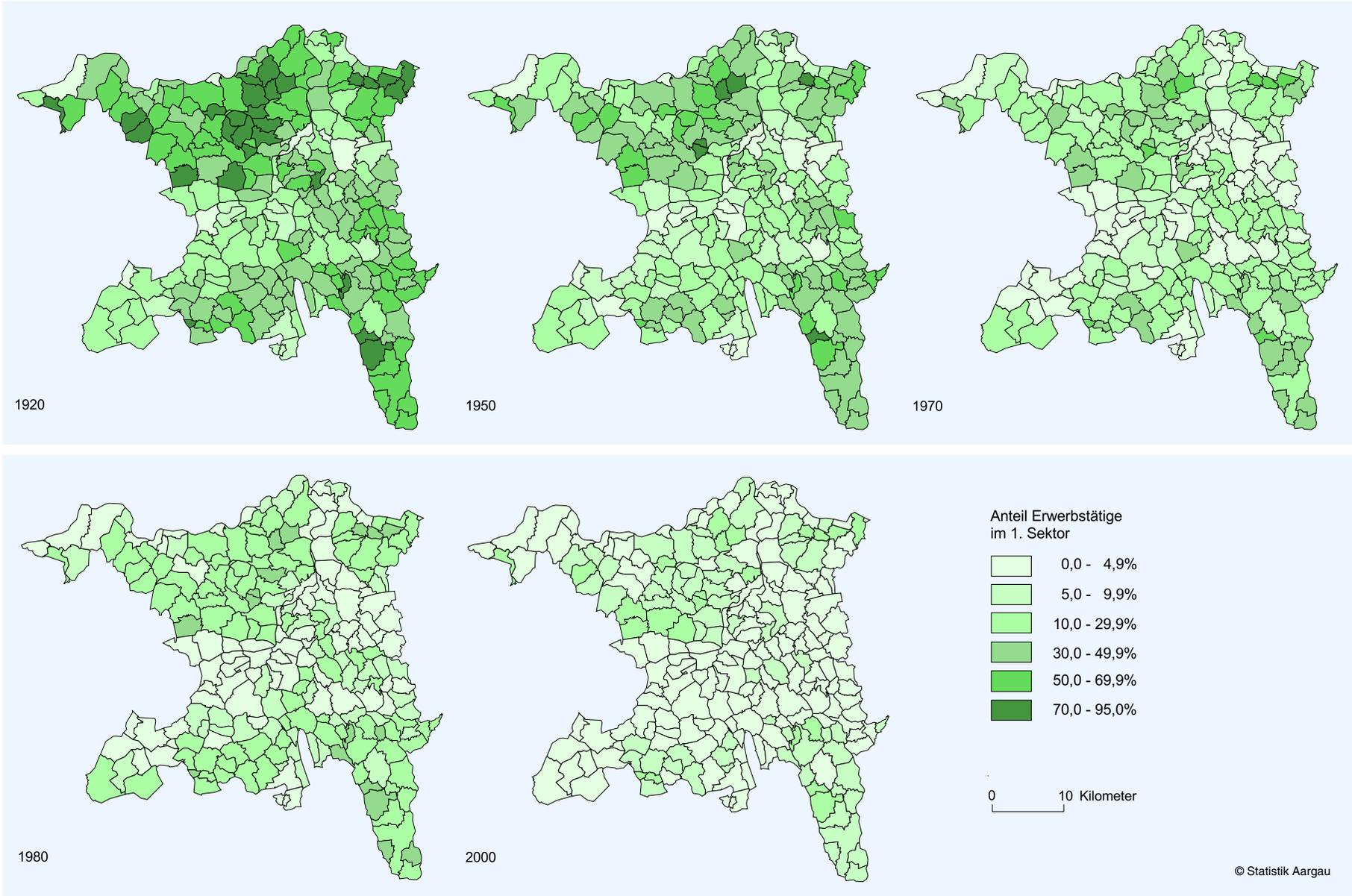
Von grosser gesellschaftlicher Bedeutung sind aber auch die Veränderungen des Anteils jener Personen, die einem bezahlten Erwerb nachgehen. Hier interessieren vor allem die geschlechtsspezifischen Unterschiede. Mit dem wirtschaftlichen Wandel war auch eine räumliche Umverteilung des Arbeitsplatzangebotes verbunden, was in immer höheren Pendlerzahlen zum Ausdruck kommt.

3.1 Von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft

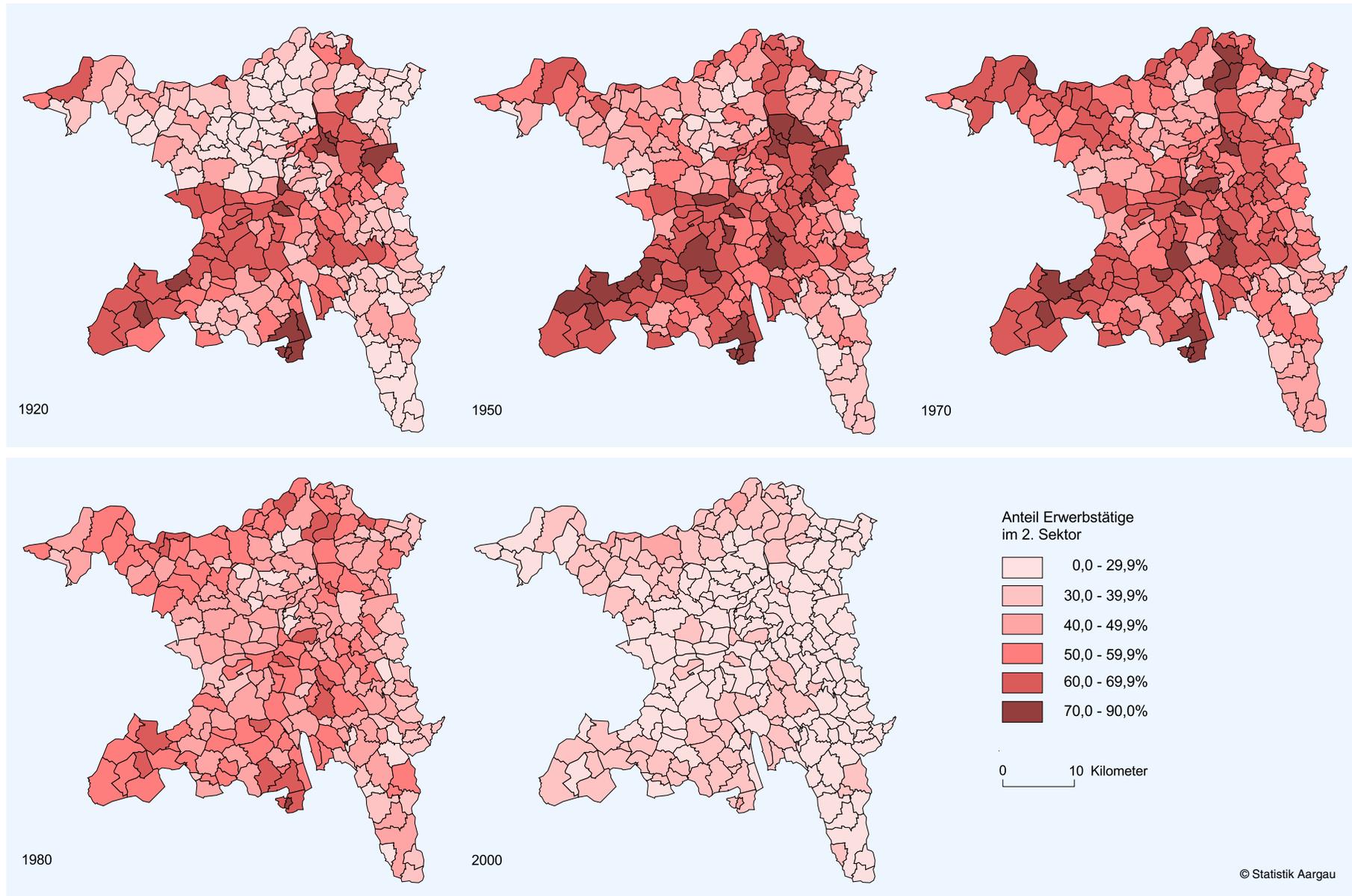
Erwerbstätige nach Bezirken und Wirtschaftssektoren, 1920–2000



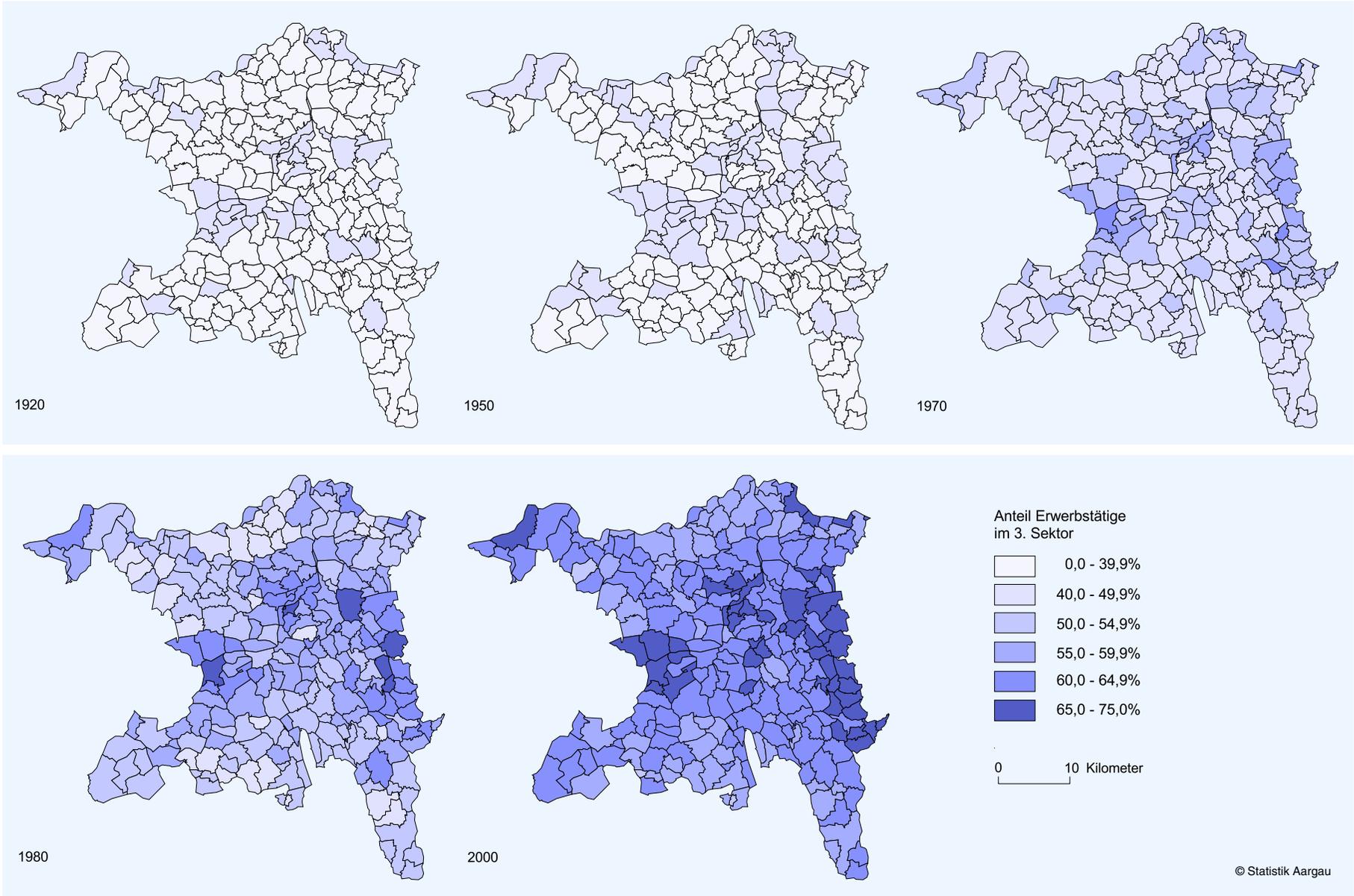
Anteil der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft nach Wohnort in Prozent, 1920–2000



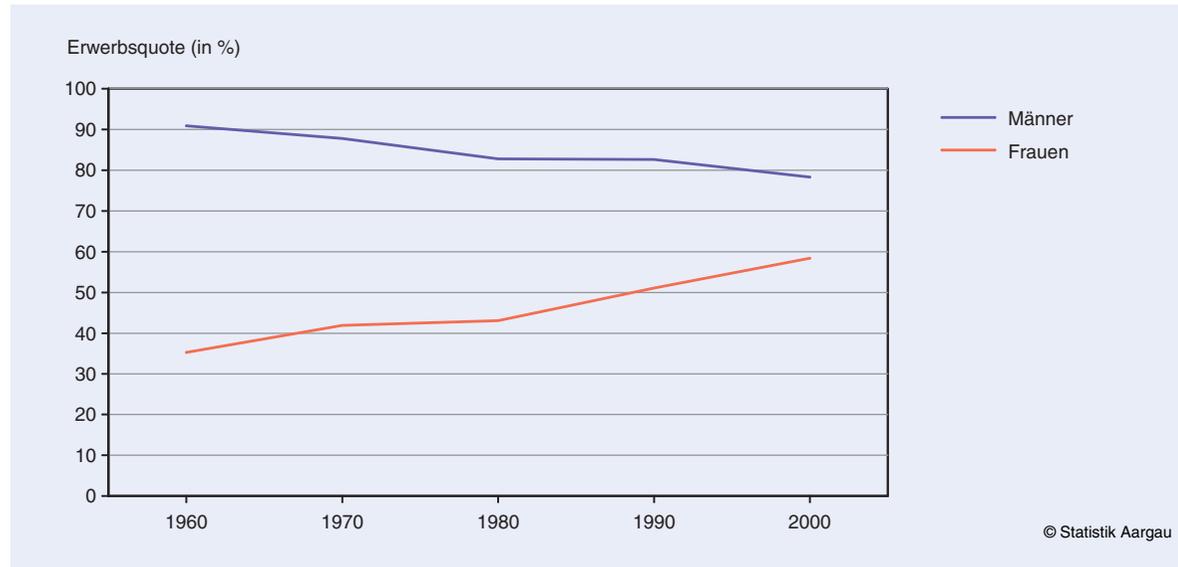
Anteil der Erwerbstätigen im Industrie- und Gewerbesektor nach Wohnort in Prozent, 1920–2000



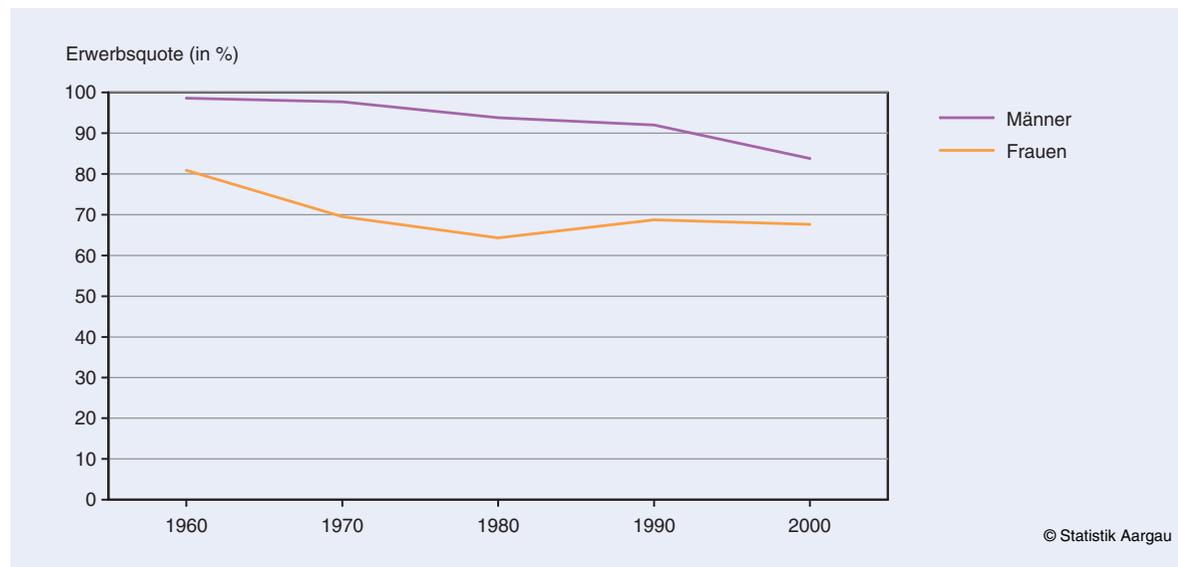
Anteil der Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor nach Wohnort in Prozent, 1920–2000



Erwerbsquoten der Gesamtbevölkerung, 1960–2000



Erwerbsquoten der ausländischen Bevölkerung, 1960–2000



Von der Agrar- über die Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft

Entwicklung der Wirtschaftssektoren

Die Karten von Seite 20 bis 23 zeigen die Entwicklung der Zugehörigkeit der Erwerbstätigen zu den drei Wirtschaftssektoren von 1920 bis 2000. Auffällig ist die stetige Abnahme in der Land- und Forstwirtschaft. Bis 1970 wurden parallel dazu immer mehr Erwerbstätige im Industrie- und später im Dienstleistungssektor gezählt. Bis 1970 dominierte der Industrie- und Gewerbesektor noch in allen 11 Bezirken. Ab 1970 setzte eine Verschiebung hin zum Dienstleistungssektor ein. 1980 war dort die Zahl der Erwerbstätigen vorerst in den städtischen Bezirken Aarau, Baden und Brugg höher als im industriell-gewerblichen Sektor. Im Jahr 2000 arbeiteten in allen Bezirken die meisten Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor.

Die Verlagerung der Arbeitsplätze von der Landwirtschaft zum industriell-gewerblichen, sekundären Wirtschaftssektor und später zum tertiären Sektor, den Dienstleistungen, ist eine allgemeine Erscheinung. Im gesamtschweizerischen Durchschnitt setzte die «Tertiärisierung» der Wirtschaft allerdings früher ein als im stark von der Industrie geprägten Aargau. Während 1970 im Aargau noch rund 60% der Erwerbstätigen im industriellen Sektor arbeiteten, waren es im gesamtschweizerischen Durchschnitt nur noch rund 50%.

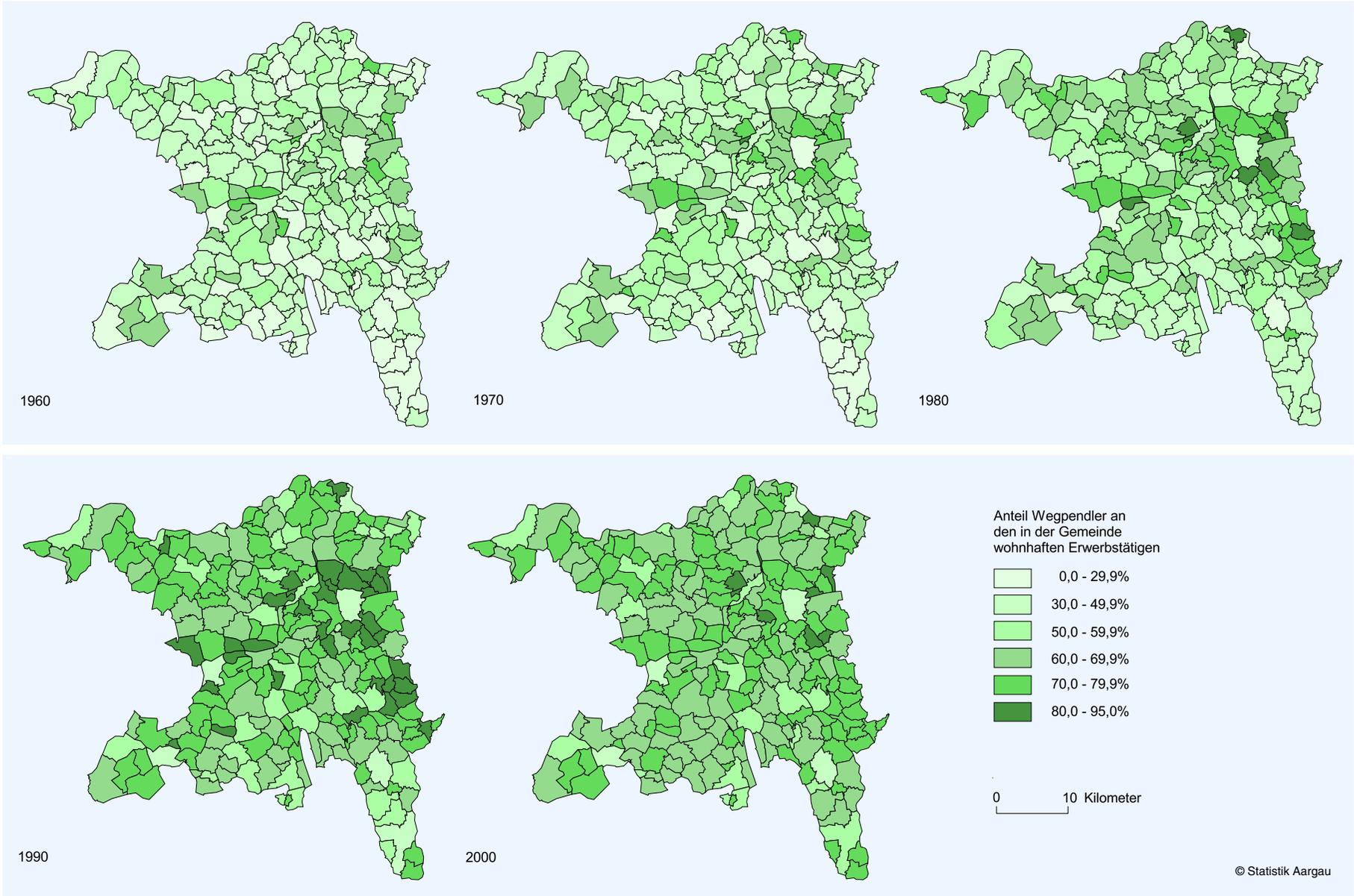
Erwerbsquoten

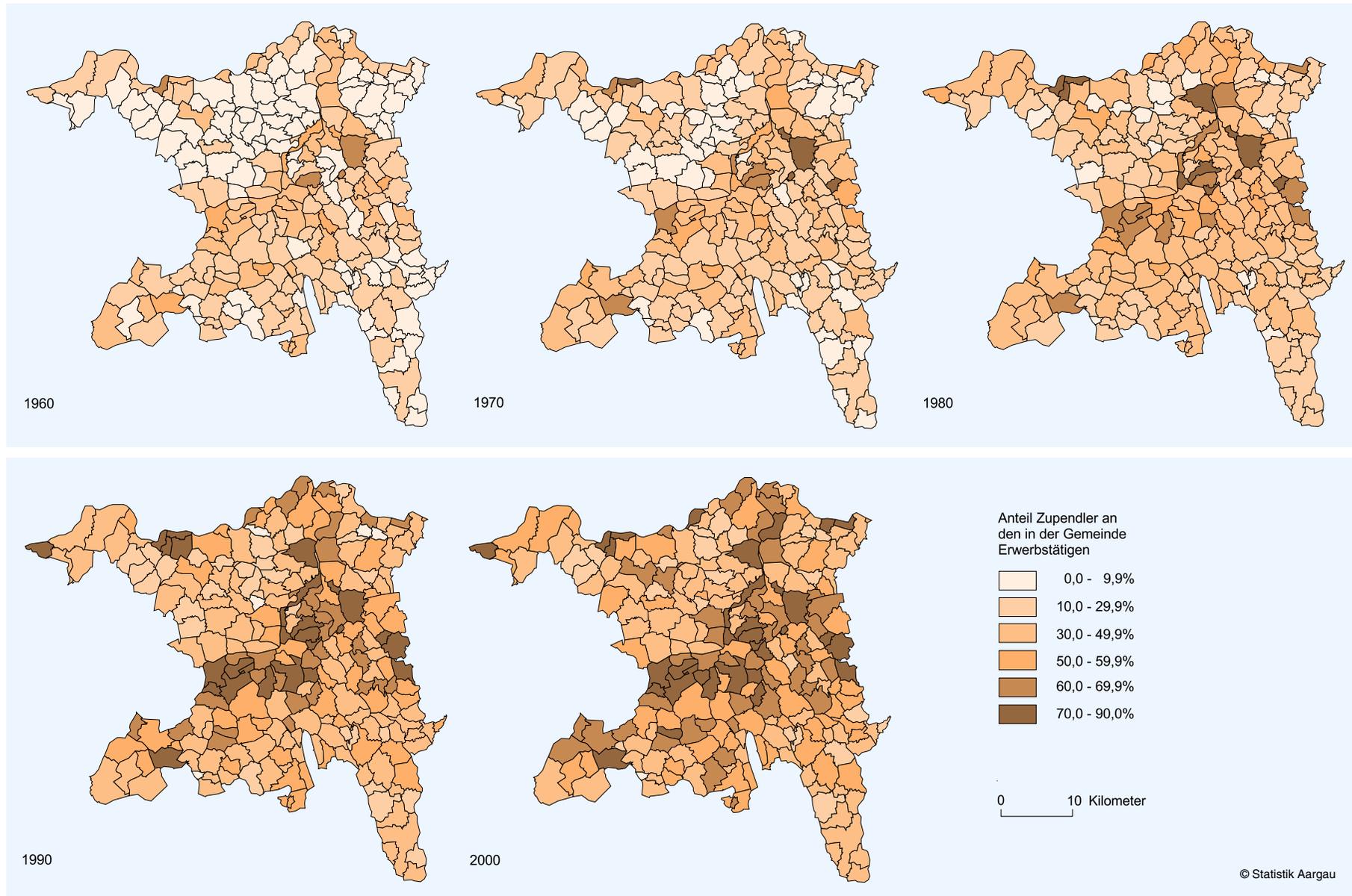
Die Erwerbsquote stellt das Verhältnis der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Arbeitslose) zur Gesamtbevölkerung dar. Während die Erwerbsquote der Gesamtbevölkerung bei den Männern zwischen 1960 und 2000 stetig abnahm, nahm sie bei den Frauen im gleichen Zeitraum deutlich zu.

Anders entwickelte sich die Erwerbsquote bei der ausländischen Bevölkerung, wo diese sowohl bei den Männern wie auch bei den Frauen in einer ähnlichen Grössenordnung abnahm.

3.2 Der tägliche Weg zur Arbeit

Wegpendlerquoten nach Gemeinden in Prozent, 1960–2000



Zupendlerquoten nach Gemeinden in Prozent, 1960–2000

Der tägliche Weg zur Arbeit

Allgemeine Entwicklung

Mit den strukturellen Veränderungen in der Wirtschaft sind auch räumliche Veränderungen beim Arbeitsplatzangebot verbunden. Dies hat zur Folge, dass für immer mehr Erwerbstätige der Arbeitsort ausserhalb ihrer Wohngemeinde und zum Teil auch ausserhalb ihres Kantons liegt.

Wie die Karten auf Seite 25 zeigen, nahm zwischen 1960 und 2000 der Anteil der Wegpendler gemessen an den in einer Gemeinde wohnhaften Erwerbstätigen (Wegpendlerquote) in praktisch allen aargauischen Gemeinden erheblich zu. Die Wegpendlerquote, die 1960 in den meisten Gemeinden noch weniger als 50% betrug, lag im Jahr 2000 in fast allen Gemeinden bei 60% und darüber. Von dieser Entwicklung ausgenommen blieben die Zentrumsgemeinden.

Auch die Zahl der Zupendler nahm zwischen 1960 und 2000 in praktisch allen Gemeinden des Kantons Aargau zu. Während die Zupendlerquote (= Anteil der Zupendler an in der Gemeinde Erwerbstätigen) 1960 erst in drei Gemeinden (Baden, Birr und Stein) über 60% lag, betrug sie im Jahr 2000 vor allem in zahlreichen Zentrums- und zentrumsnahen Gemeinden bereits über 70%.

Absolut gesehen hat sich die Zahl der Pendler zwischen 1960 und 2000 fast verdreifacht. Im Jahr 2000 arbeiteten im Kanton Aargau knapp 200'000 Erwerbstätige oder rund 70% ausserhalb ihrer Wohngemeinde und rund 68'000 oder 24% ausserhalb ihres Wohnkantons. Im Jahr 2000 pendelten etwas weniger als halb so viele Erwerbstätige von ausserhalb des Aargaus zu, wie aus dem Aargau in andere Kantone wegpandelten.

Regionale Unterschiede

Bei einer regionalen Betrachtung des Pendlerverhaltens fällt auf, dass die Zentrumsgemeinden des Kan-

tons Aargau zwischen 1960 und 2000 bezüglich der Wegpendlerquote die geringste Zunahme zu verzeichnen hatten. Zwar ist sie ebenfalls angestiegen, lag aber auch im Jahr 2000 in den meisten Zentrumsgemeinden unter 60%. Im Gegensatz dazu wiesen zentrumsnahe Wohngemeinden, beispielsweise in der Nähe der Städte Aarau oder Baden seit 1960 immer verhältnismässig hohe Wegpendleranteile auf.

Ein mehr oder weniger umgekehrtes Bild ergibt die regionale Betrachtung für die Zupendler. Hier sind es die Zentrumsgemeinden und die Gemeinden an guter Verkehrslage (Verkehrsachsen Aarau-Brugg-Baden-Zürich, Aarau-Lenzburg-Zürich, Olten-Zofingen und Brugg-Koblentz), die zwischen 1960 und 2000 die grössten Zunahmen bei den Zupendlerquoten verzeichneten.

Steuererträge und Aufgabenlast der Gemeinden

Die unterschiedlichen Steuererträge pro Kopf sind eine Folge von unterschiedlichen wirtschaftlichen und geografischen Rahmenbedingungen, welche für die Gemeinden gelten. So kann sich beispielsweise das Vorhandensein eines grossen Industriebetriebes, eine günstige Verkehrslage oder die Nähe zu Wirtschaftszentren positiv auf die Steuererträge auswirken.

Nachfolgend werden neben der Entwicklung der Steuererträge pro Kopf auch der Nettoverwaltungsaufwand der Gemeinden zeitlich und räumlich verglichen. Die Daten wurden zu diesem Zweck um die Teuerung bereinigt. Bei der Entwicklung des Nettoverwaltungsaufwandes muss auch die laufend wachsende Aufgabenlast der Gemeinden in die Betrachtung miteinbezogen werden. Die Aufgabenlast der Gemeinden wird deshalb in einer separaten Grafik dargestellt.

Die Steuerkraft entspricht dem auf 100% umgerechneten Gemeindesollsteuerbetrag zuzüglich des Gemeindeanteils an Steuern gemäss Aktiensteuergesetz.

Der Nettoverwaltungsaufwand ist die Differenz aus

dem Verwaltungsaufwand und -ertrag (ohne Steuern) aus der Laufenden Rechnung einer Gemeinde.

Allgemeine Entwicklung

Während die reale Steuerkraft pro Kopf im Kantonsmittel zwischen 1988 und 2002 um 4,9% sank, stieg der Nettoverwaltungsaufwand pro Kopf zwischen 1988 und 2001 real um 16,6% an. Für den Anstieg beim Nettoverwaltungsaufwand sind in erster Linie die Mehrbelastungen für die «Soziale Wohlfahrt» und die «Bildung» verantwortlich. So haben die Pro-Kopf-Ausgaben der Gemeinden für die «Soziale Wohlfahrt» zwischen 1988 und 2001 real um mehr als 80% zugenommen und im Bildungsbereich betrug die Kostensteigerung pro Kopf der Bevölkerung real rund 25%.

Regionale Unterschiede

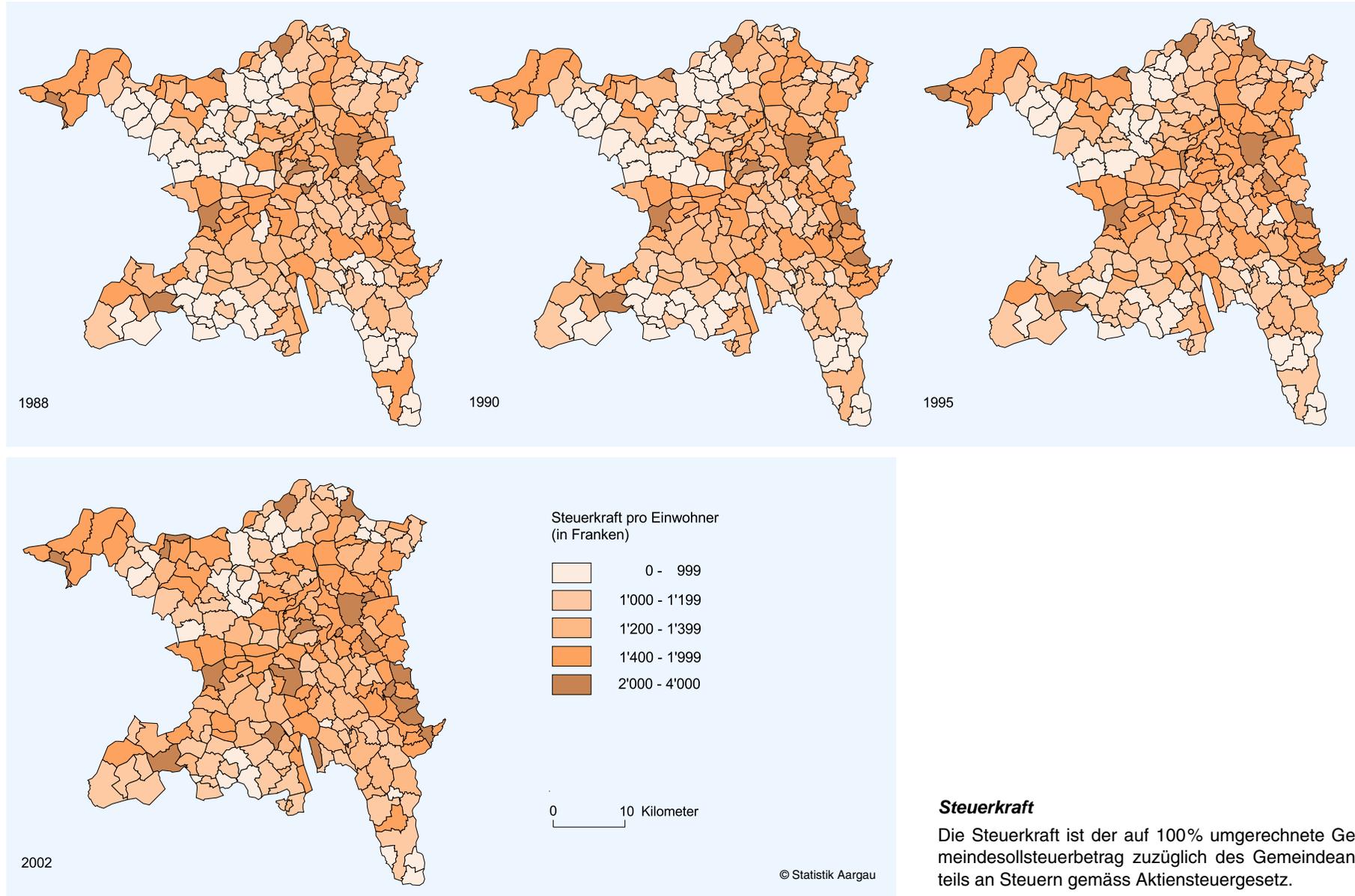
Während noch 1988 ein grosser Teil der Gemeinden des Fricktals sowie der Bezirke Muri, Kulm und Zofingen eine Pro-Kopf-Steuerkraft von unter 1'000 Franken aufwies, war der Anteil dieser Gemeinden im Jahr 2002 nur noch gering.

Bei den Gemeinden mit einer um die Teuerung bereinigten Pro-Kopf-Steuerkraft von über 2'000 Franken handelt es sich um städtische Zentren, Gemeinden mit attraktiver Wohnlage, meistens im Einzugsgebiet von Zürich und Basel, oder um Standortgemeinden eines grossen Industriebetriebes. Ihr Anteil nahm über den betrachteten Zeitraum nur unwesentlich zu.

Auf Grund ihrer verhältnismässig grösseren Aufgabenlast im Bildungs-, Verkehrs-, Sicherheits- und Sozialbereich war der Nettoverwaltungsaufwand pro Kopf in den Städten im betrachteten Zeitraum vergleichsweise hoch. Wie die Karten auf Seite 29 zeigen, weisen aber vermehrt auch kleinere, ländliche Gemeinden einen hohen Nettoverwaltungsaufwand pro Kopf der Bevölkerung auf.

3.3 Steuererträge und Aufgabenlast der Gemeinden

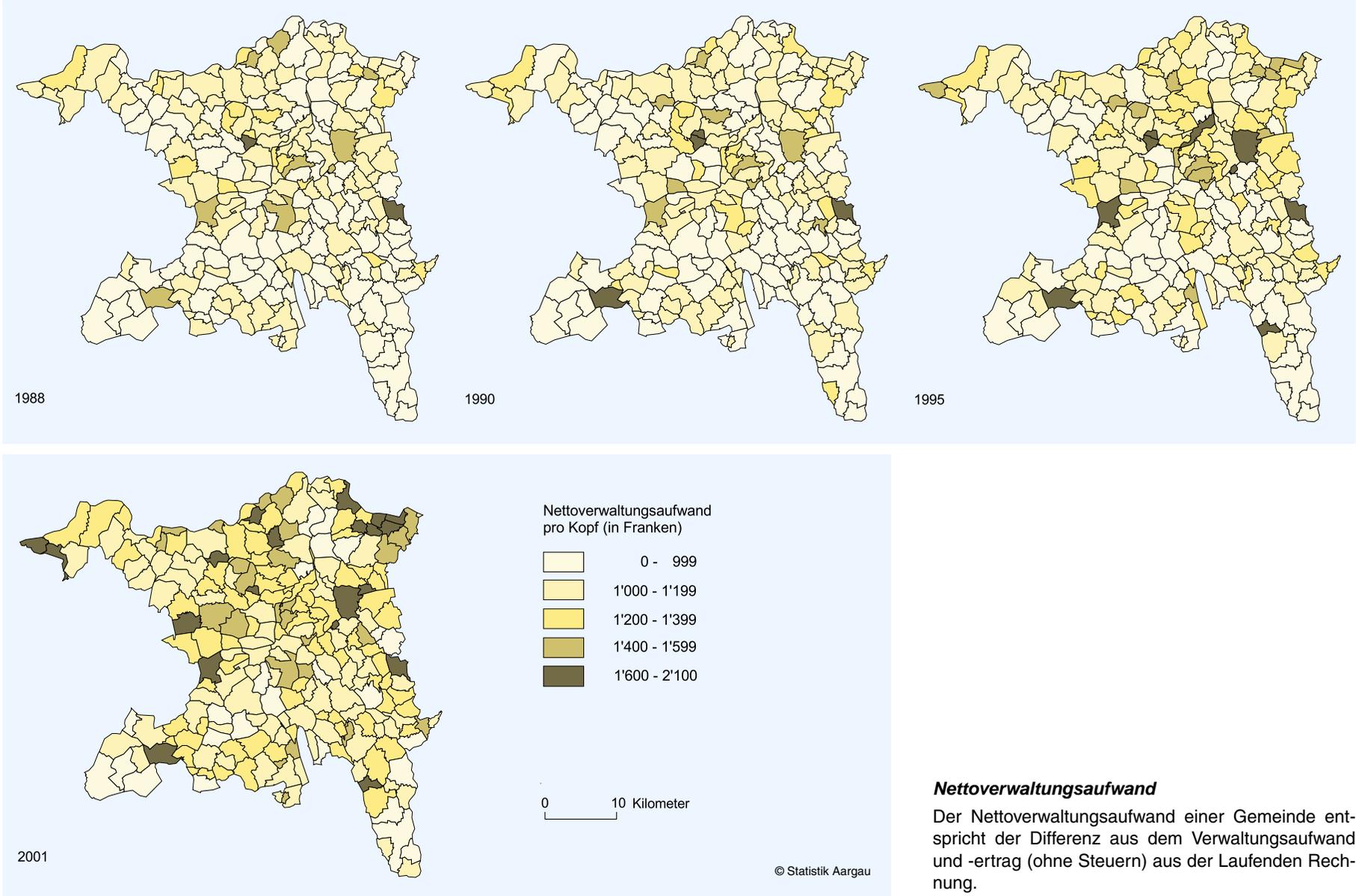
Steuerkraft in Franken pro Einwohner nach Gemeinden (teuerungsbereinigt), 1988–2002



Steuerkraft

Die Steuerkraft ist der auf 100% umgerechnete Gemeindesollsteuerbetrag zuzüglich des Gemeindeanteils an Steuern gemäss Aktiensteuergesetz.

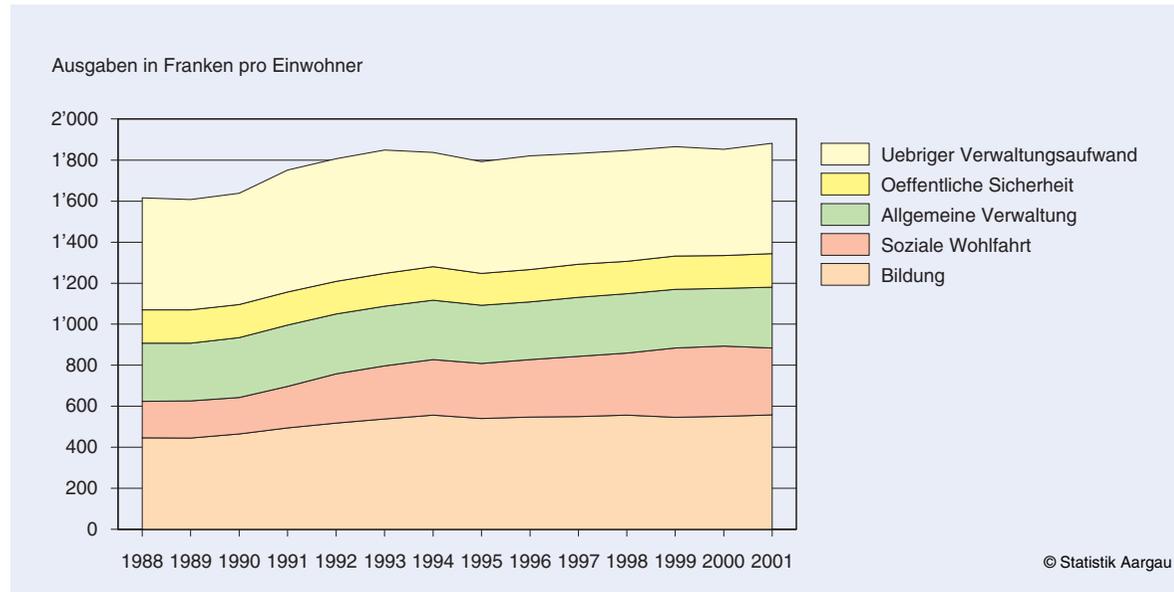
Nettoverwaltungsaufwand in Franken pro Einwohner nach Gemeinden (teuerungsbereinigt), 1988–2001



Nettoverwaltungsaufwand

Der Nettoverwaltungsaufwand einer Gemeinde entspricht der Differenz aus dem Verwaltungsaufwand und -ertrag (ohne Steuern) aus der Laufenden Rechnung.

Funktionale Gliederung des Nettoverwaltungsaufwandes der Gemeinden in Franken pro Einwohner (teuerungsbereinigt), 1988–2001



Die reale Zunahme des Nettoverwaltungsaufwandes pro Einwohner zwischen 1988 und 2001 steht im Zusammenhang mit der grösser werdenden Aufgabenlast, welche die Gemeinden zu bewältigen hatten. Die grössten Mehrbelastungen kamen im Bereich der «Sozialen Wohlfahrt» (reale Mehrausgaben von 82,5%) und der «Bildung» (reale Mehrausgaben von 25,2%) auf die Gemeinden zu.

Die Ausgaben für die «Allgemeine Verwaltung» und die «Oeffentliche Sicherheit» erfuhren nach Bereinigung der Teuerung nur eine geringe Kostensteigerung. Die realen Kosten für den «Uebrigen Verwaltungsaufwand», welcher die Kategorien «Kultur, Freizeit», «Gesundheit», «Umwelt, Raumordnung», «Volkswirtschaft» sowie «Finanzen» umfasst, waren über den betrachteten Zeitraum gesamthaft sogar leicht rückläufig.



Inhalt

4 Bildung

4.1 Frauenanteil an den Maturitätsschulen

- Frauenanteil an den Maturitätsschulen
- Frauenanteil an der Oberstufe, an Maturitäts- und Berufsschulen

4.2 Fremdsprachige Schülerinnen und Schüler

- Anteil Fremdsprachige nach Schultypen
- Anteil Fremdsprachige nach Schulort an den Primarschulen

4.3 Einschulungsklassen

- Anteil Schülerinnen und Schüler der Einschulungsklasse an allen Erstklässlern nach Wohnort

Einleitung

Ein qualitativ hochstehendes, allen zugängliches Bildungssystem ist nicht zuletzt auch für den Wirtschaftsstandort Aargau von zentraler Bedeutung. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen stellen neue Anforderungen an die Bildung. Auch bei der Erfüllung der Forderung nach Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern spielt die Bildung eine wichtige Rolle.

Eine positive Entwicklung diesbezüglich ist beispielsweise die immer bessere Vertretung der Frauen an höheren Schulen. Als Beispiel dafür wird nachfolgend der Frauenanteil an den Mittelschulen dargestellt und mit demjenigen an den Berufsschulen verglichen.

Der Frauenanteil an den einzelnen Kantonsschulen war bis zur Einführung des neuen Maturitätsanerkennungsreglements im Jahre 1999 stark vom jeweiligen Angebot an Maturitätstypen abhängig. Mit dessen Einführung wurden die Typen aufgehoben und durch Maturitätslehrgänge mit Grundlagenfächern sowie Akzent- und Schwerpunktfächern ersetzt. Gleichzeitig wurde das Angebot an einzelnen Schulen verbreitert. Abgesehen vom generellen Trend zu höheren Frauenanteilen, hat sich deren Anteil an einzelnen Mittelschulen dadurch nochmals erhöht. Bei der

Betrachtung wurden nur die Maturitätsschulen einbezogen.

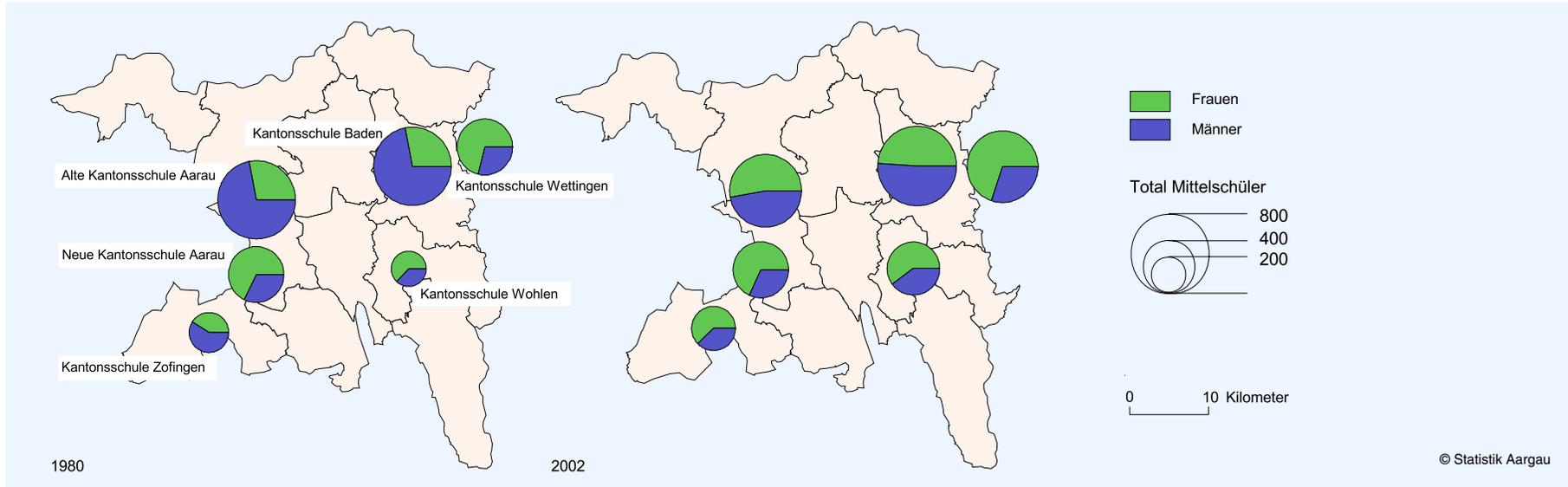
Der zunehmende Anteil fremdsprachiger Schülerinnen und Schüler ist Herausforderung und Chance zugleich. Die Darstellungen zu diesem Thema zeigen, dass der Ausländeranteil in den verschiedenen Schultypen und Regionen unterschiedlich ist. Das Thema Fremdsprachigkeit wird auch anhand der Anteile fremdsprachiger Schülerinnen und Schüler an den Primarschulen beleuchtet.

Im Durchschnitt aller fremdsprachigen Schülerinnen und Schüler an der Volksschule haben 90% genügende Deutschkenntnisse und sind in der Lage, dem Unterricht ohne zusätzliches Spezialprogramm zu folgen. Auch diesbezüglich bestehen allerdings Unterschiede zwischen den Schultypen. In den Einschulungs- und Kleinklassen ist dieser Anteil deutlich tiefer (66% respektive 73%). An der Oberstufe liegt er zwischen 93% und 99%.

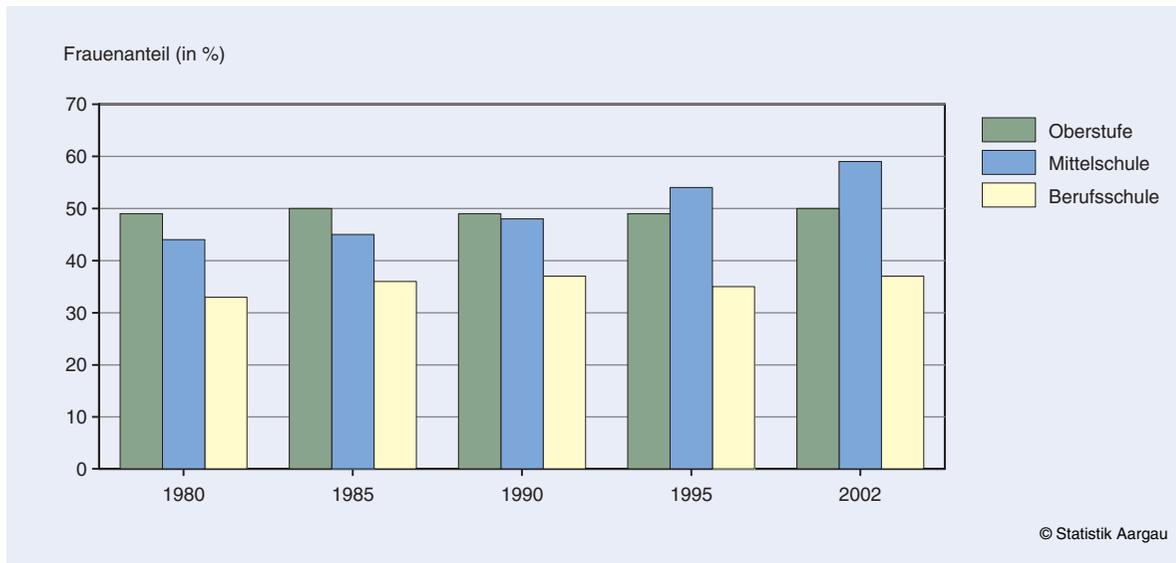
Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, welche eine Einschulungsklasse absolvieren, ist seit 1980 stetig angestiegen. In der Einschulungsklasse wird der Stoff der ersten Primarschulklasse auf zwei Jahre verteilt.

4.1 Frauenanteil an den Maturitätsschulen

Frauenanteil an den Maturitätsschulen, 1980 und 2002



Frauenanteil an der Oberstufe, den Maturitäts- und den Berufsschulen, 1980–2002



Frauenanteil an den Maturitätsschulen

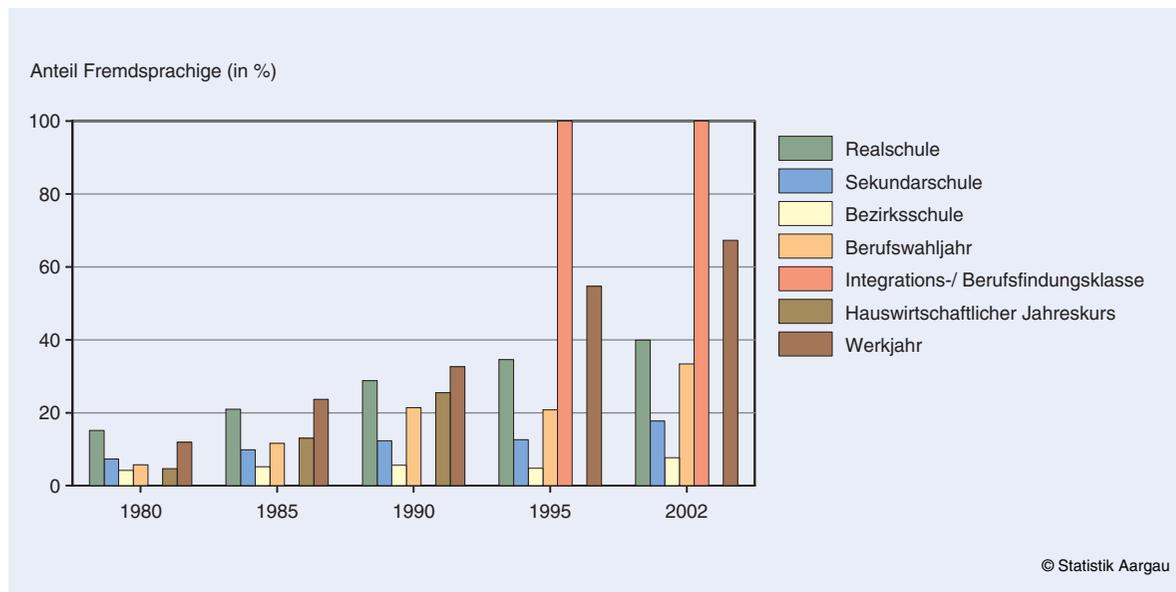
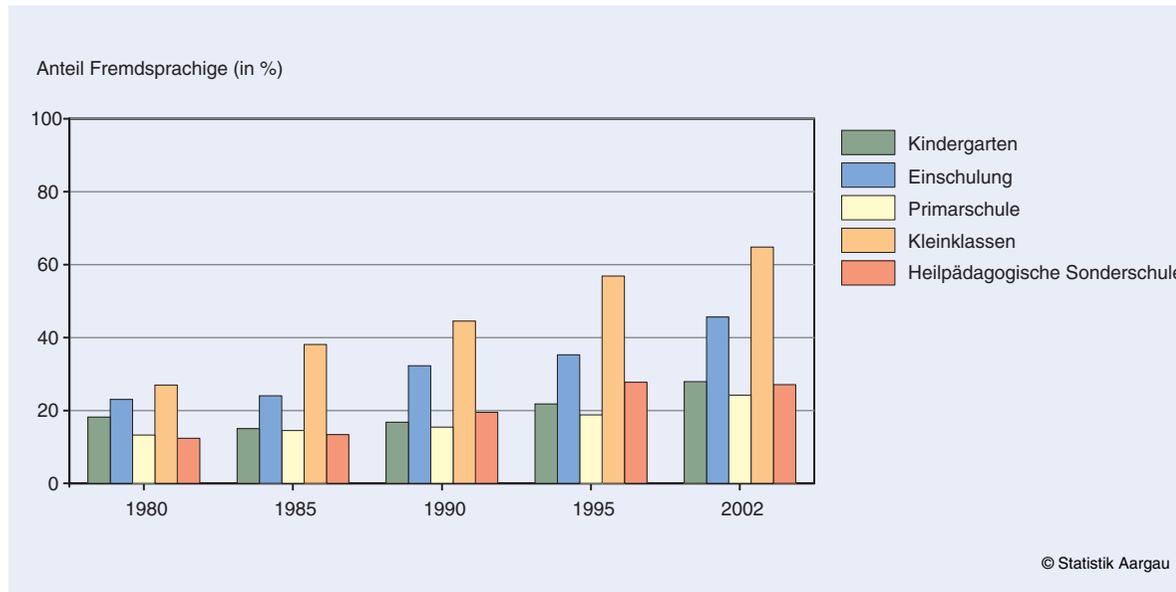
Allgemeine Entwicklung

Der Frauenanteil an den Mittelschulen nahm zwischen 1980 und 2002 zu. Dass sich dabei auch die Unterschiede zwischen den Schulen teilweise ausgeglichen haben, hängt unter anderem mit der bereits erwähnten Umstellung auf das neue Maturitätsanerkennungsreglement (MAR) zusammen.

Die untere Graphik zeigt, wie diese Entwicklung einzuordnen ist. Als Ausgangspunkt bei der Betrachtung des Frauenanteils wird die Oberstufe als Ganzes dargestellt, wo das Geschlechterverhältnis erwartungsgemäss ausgeglichen ist. An den Maturitätsschulen waren die Frauen bis 1990 untervertreten. Der Frauenanteil hat sich danach weiter vergrössert und seit 1995 machen Frauen deutlich mehr als die Hälfte aller Kantonsschülerinnen und -schüler aus. Obwohl der

4.2 Fremdsprachige Schülerinnen und Schüler

Anteil Fremdsprachige nach Schultypen, 1980–2002



Frauenanteil an den Mittelschulen stark gestiegen ist, nahm er auch an den Berufsschulen zu. Die Bildungschancen für die Frauen haben sich damit ganz generell verbessert.

Regionale Unterschiede

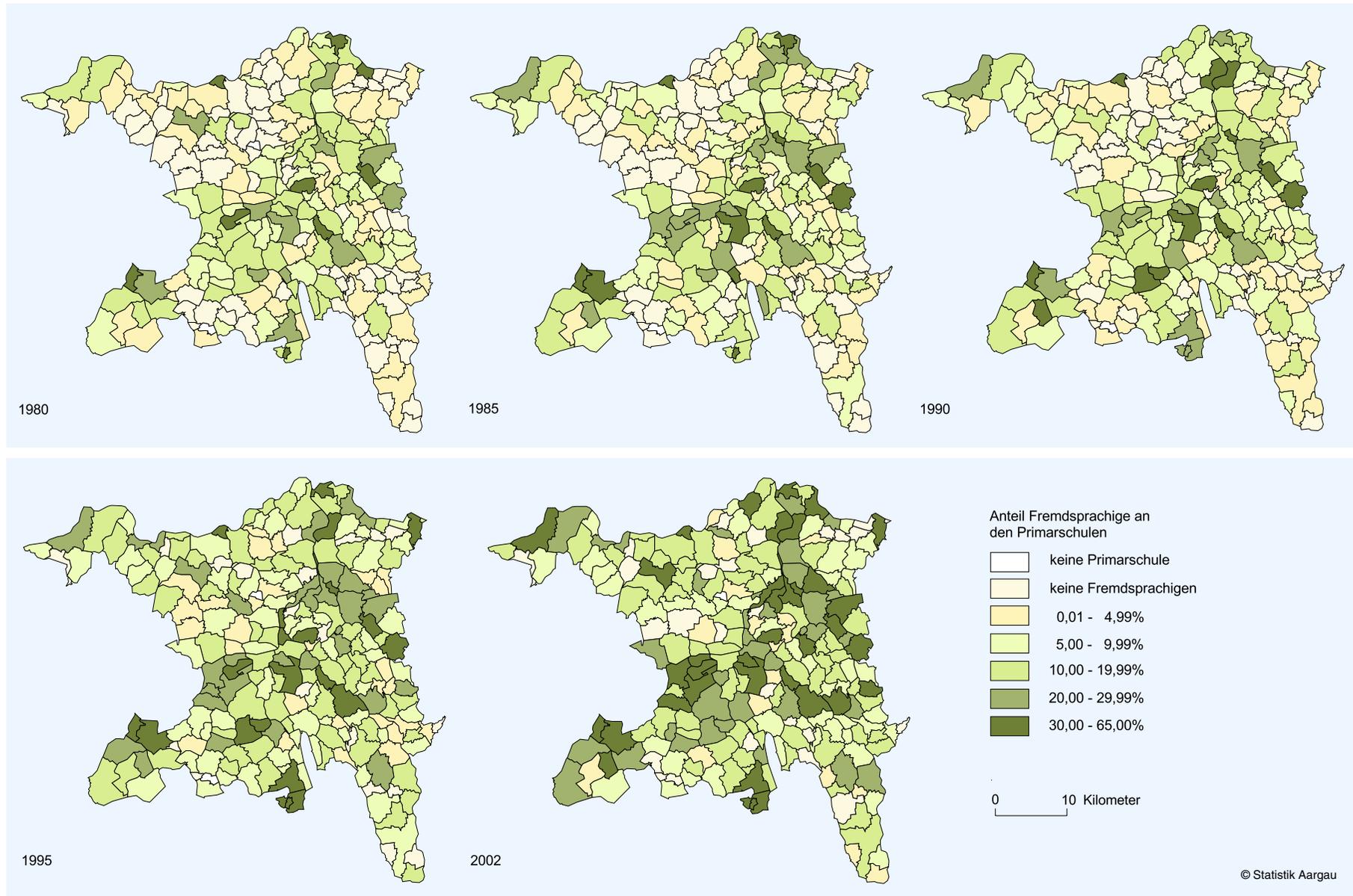
Der Frauenanteil an den einzelnen Mittelschulen war bis zur Einführung des neuen Maturitätsanerkennungsreglements (MAR) im Jahre 1999 stark von den Maturitätstypen abhängig, welche angeboten wurden. Traditionellerweise war der Frauenanteil an den aus den Lehrerseminarien hervorgegangenen Kantonsschulen Wohlen, Zofingen (mit den Maturitätstypen B, C und D), Wettingen und der Neuen Kantonsschule Aarau (mit den Maturitätstypen D und PSG) höher als an der Alten Kantonsschule Aarau und der Kantonsschule Baden, wo bis zur Umstellung die Maturitätstypen A, B, C und E geführt wurden. Nach der Umstellung auf das neue MAR und der damit verbundenen Abschaffung der Maturitätstypen, stieg der Frauenanteil an der Alten Kantonsschule Aarau sowie den Kantonsschulen Baden und Zofingen bedeutend an, während er an der Neuen Kantonsschule Aarau, den Kantonsschulen Wohlen und Wettingen mehr oder weniger unverändert hoch blieb. Insgesamt betrug der Frauenanteil an allen Maturitätsschulen im Jahr 2002 57,7%, während er im Jahr 1985 erst 44,6% ausmachte.

Fremdsprachige Schülerinnen und Schüler

Allgemeine Entwicklung

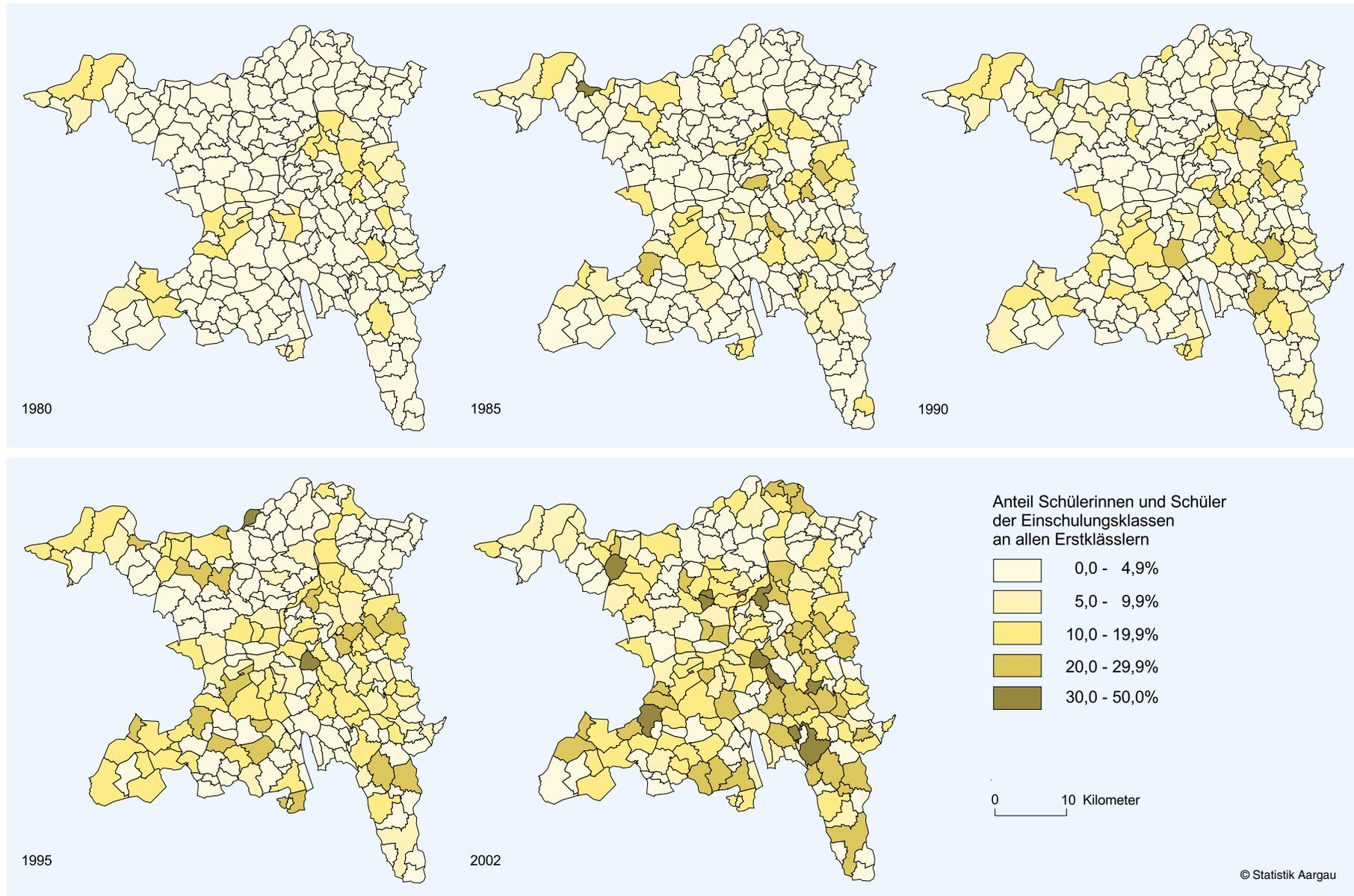
Parallel zur Zunahme des Ausländeranteils an der Gesamtbevölkerung, stieg auch die Zahl der fremdsprachigen Schülerinnen und Schüler. Ihr Anteil ist aber je nach Schultyp sehr unterschiedlich. Besonders hoch ist er in den Einschulungs- und in den Kleinklassen sowie im Werkjahr. Innerhalb der Oberstufe nimmt er von der Real- über die Sekundar- zur Bezirksschule ab.

Anteil Fremdsprachige an den Primarschulen nach Schulort in Prozent, 1980–2002



4.3 Einschulungsklassen

Anteil Schülerinnen und Schüler der Einschulungsklassen an allen Erstklässlern nach Wohnort in Prozent, 1980–2002



Fremdsprachige Schülerinnen und Schüler (Fortsetzung)

Entwicklung an der Primarschule nach Schulort

Die Karten auf Seite 34 zeigen die Entwicklung der Anteile fremdsprachiger Schülerinnen und Schüler an den Primarschulen nach Schulort. Gesamthaft stieg der Anteil fremdsprachiger Schülerinnen und Schüler an den Primarschulen zwischen 1980 und 2002 um rund 11% und betrug im Jahr 2002 rund 24%.

Der Anteil fremdsprachiger Schülerinnen und Schüler an den Primarschulen ist in den städtischen Zentren und in deren Agglomerationsgemeinden erwartungsgemäss höher als in zentrumsfernen, ländlichen Gemeinden. Die Verteilung des Anteils fremdsprachiger Schülerinnen und Schüler an den Primarschulen, entspricht weitgehend der Verteilung der ausländischen Bevölkerung (siehe Kapitel 2, Seite 14).

Einschulungsklassen

Allgemeine Entwicklung

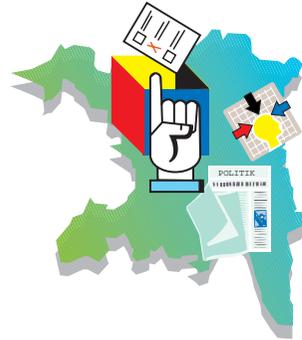
Die Entwicklung des Anteils der Schülerinnen und Schüler der Einschulungsklassen am Total der Schülerinnen und Schüler der ersten Primarschulklasse wird anhand der Karten auf Seite 35 gezeigt.

Zwischen 1980 und 2002 stieg einerseits die Zahl der Gemeinden, die eine Einschulungsklasse führen, an. Gesamthaft stieg die Zahl der Abteilungen der Einschulungsklasse im entsprechenden Zeitraum von 30 auf 155.

Parallel dazu erfuhr auch der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die eine Einschulungsklasse besuchten, eine Zunahme. Dies bestätigen auch die gesamtkantonalen Zahlen: wenn 1980 4,7% aller Primarschülerinnen und Primarschüler der 1. Klasse eine Einschulungsklasse besuchten, waren es im Jahr 2002 15,4%.

Regionale Unterschiede

Einschulungsklassen werden vor allem in den grösseren Gemeinden geführt. Von 1980 bis 2002 wurde das Angebot deutlich ausgedehnt und ist heute flächendeckend zugänglich.



Inhalt

5 Politik

5.1 Parteienlandschaft

- Nationalratswahlen; Stimmenanteile der Parteien nach Bezirken und Gemeinden
- Nationalratswahlen; Entwicklung der Wähleranteile nach Parteien

5.2 Abstimmungsergebnisse ausgewählter Vorlagen

- UNO-Vorlagen, 1986 und 2002
- Gleichstellungsvorlagen, 1981, 1985, 1999
- Institutionelle Reformen, 1992, 1996, 1999

Einleitung

Zur Politik werden in einem ersten Teil die zeitliche Veränderung der Wähleranteile der Parteien bei Nationalratswahlen gezeigt. Ein zweiter Teil befasst sich mit Abstimmungsergebnissen zu ähnlichen Themen im zeitlichen und räumlichen Vergleich. Beides dokumentiert den politischen und gesellschaftlichen Wandel unter dem Einfluss von Änderungen des wirtschaftlichen und kulturellen Umfelds.

Die ändernden politischen Werthaltungen prägen auch unsere Zukunft. Die regelmässig durchgeführten Wahlen und Abstimmungen bieten eine gute Möglichkeit, durch die Veränderungen in der Vergangenheit und der Gegenwart auch Hinweise auf mögliche Entwicklungen in der Zukunft zu erhalten.

Die Wähleranteile bei Nationalratswahlen werden im folgenden anhand der Wahlergebnisse von 1947 bis 2003 dargestellt. Die Abstimmungsergebnisse werden für folgende Vorlagen betrachtet:

UNO-Beitritt: Abstimmungen von 1986 und 2002.

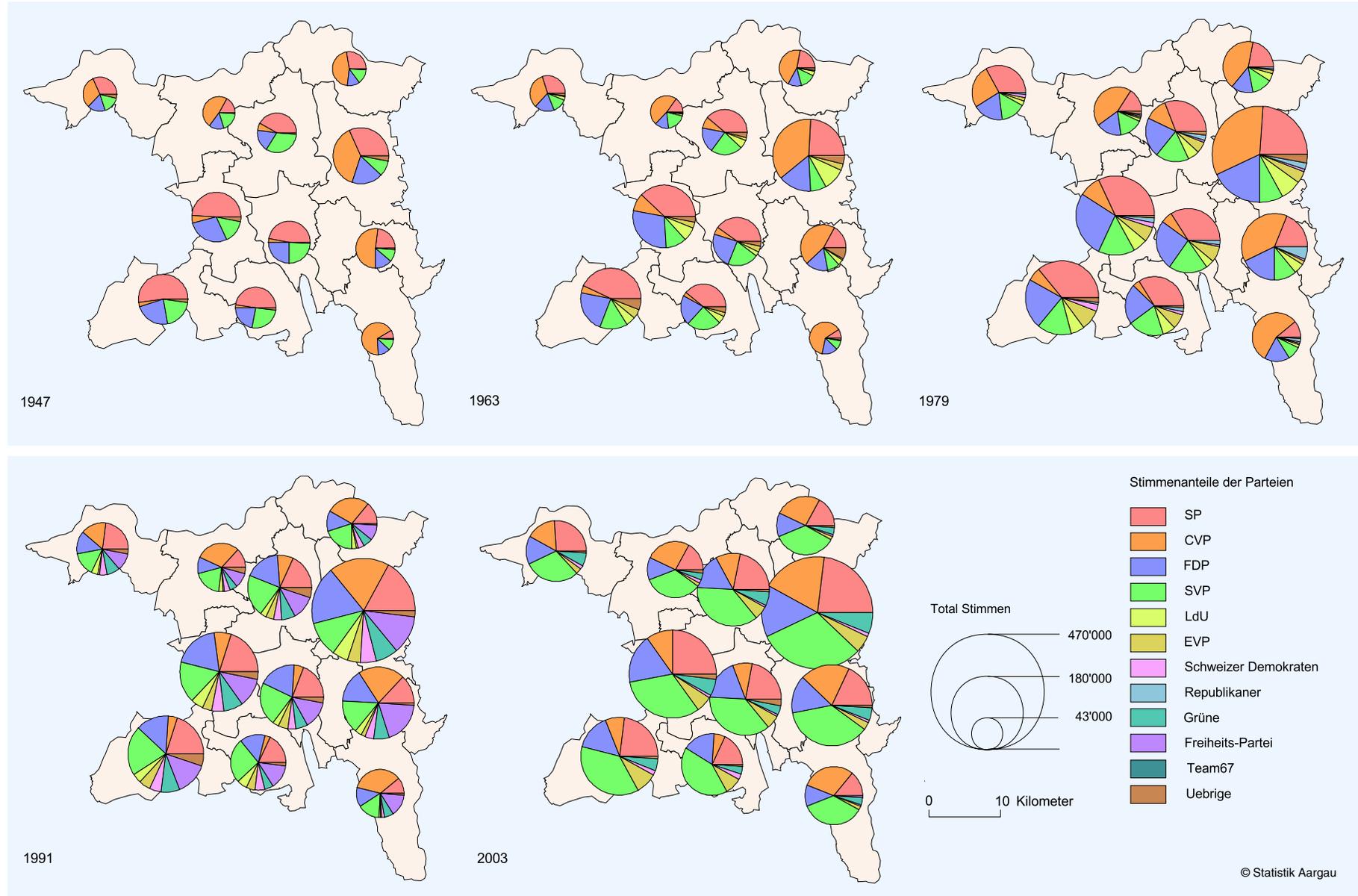
Gleichstellungsthematik: Gleichstellungsartikel 1981, Änderung des ZGB (neues Ehe- und Erbrecht) 1985, Mutterschaftsversicherung 1999.

Reformen der politischen Institutionen: Geschäftsverkehrsgesetz 1992, Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz 1996, Neue Bundesverfassung 1999.

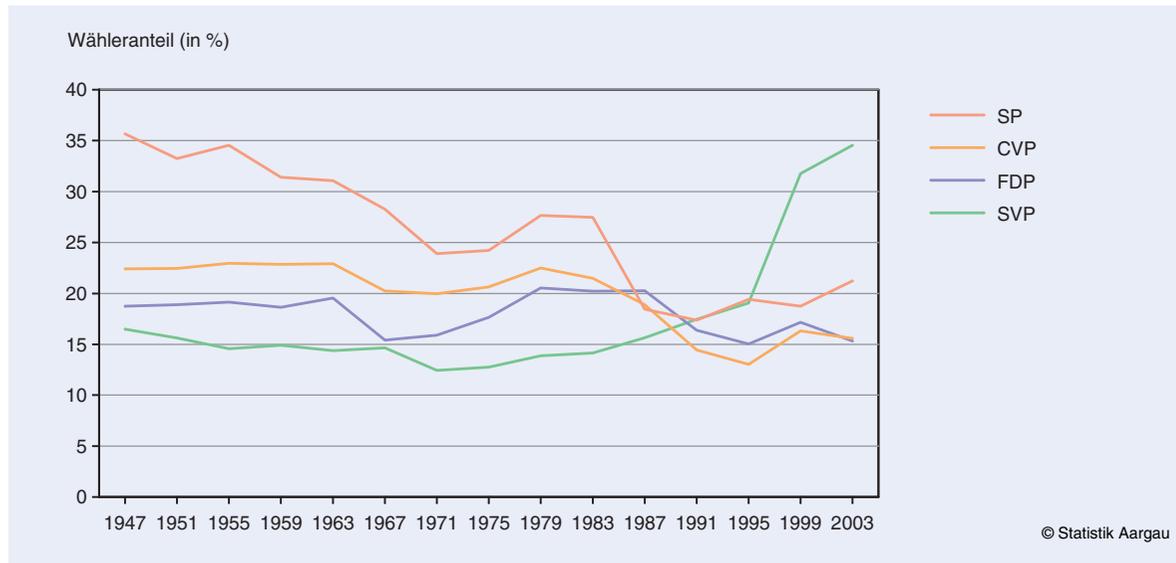
Klare Aussagen über die zeitliche Veränderung der Meinungen lassen sich dabei nur im Zusammenhang mit den beiden UNO-Abstimmungen machen, da die Vorlagen von 1986 und 2002 identisch waren. Bei der Betrachtung der Resultate der anderen Vorlagen zeigen aber zumindest die räumlichen Verteilungen der Ja-Stimmenanteile nach Gemeinden interessante Muster, die es wert sind, näher betrachtet zu werden.

5.1 Parteienlandschaft

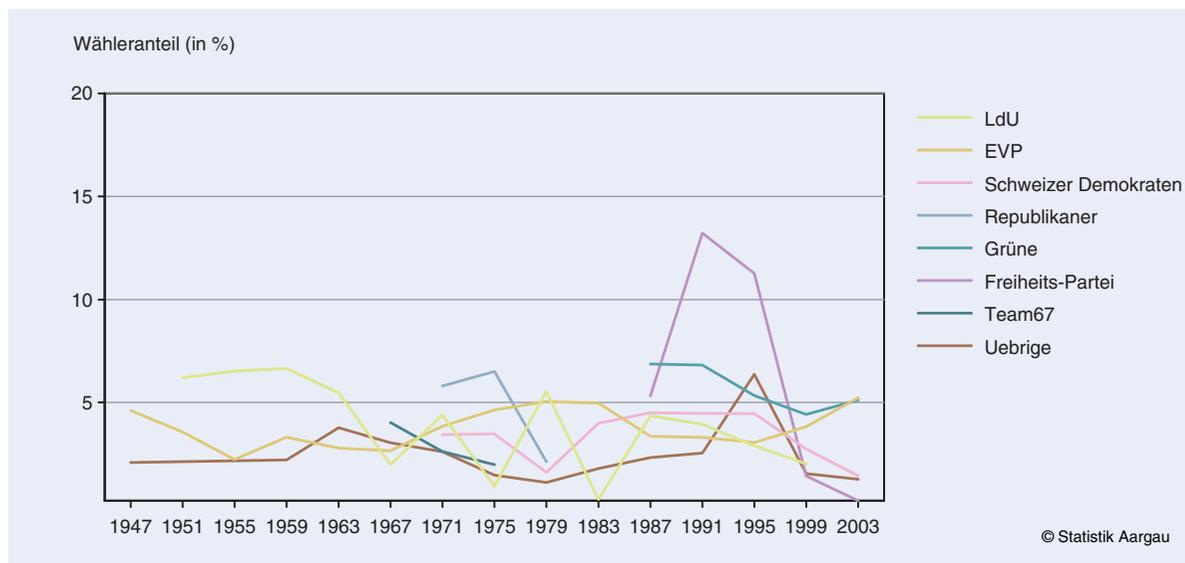
Nationalratswahlen; Stimmenanteile der Parteien nach Bezirken, 1947–2003



Nationalratswahlen; Entwicklung der Wähleranteile der heutigen Bundesratsparteien, 1947–2003



Nationalratswahlen; Entwicklung der Wähleranteile der Nicht-Bundesratsparteien, 1947–2003



Parteienlandschaft

Allgemeine Entwicklung

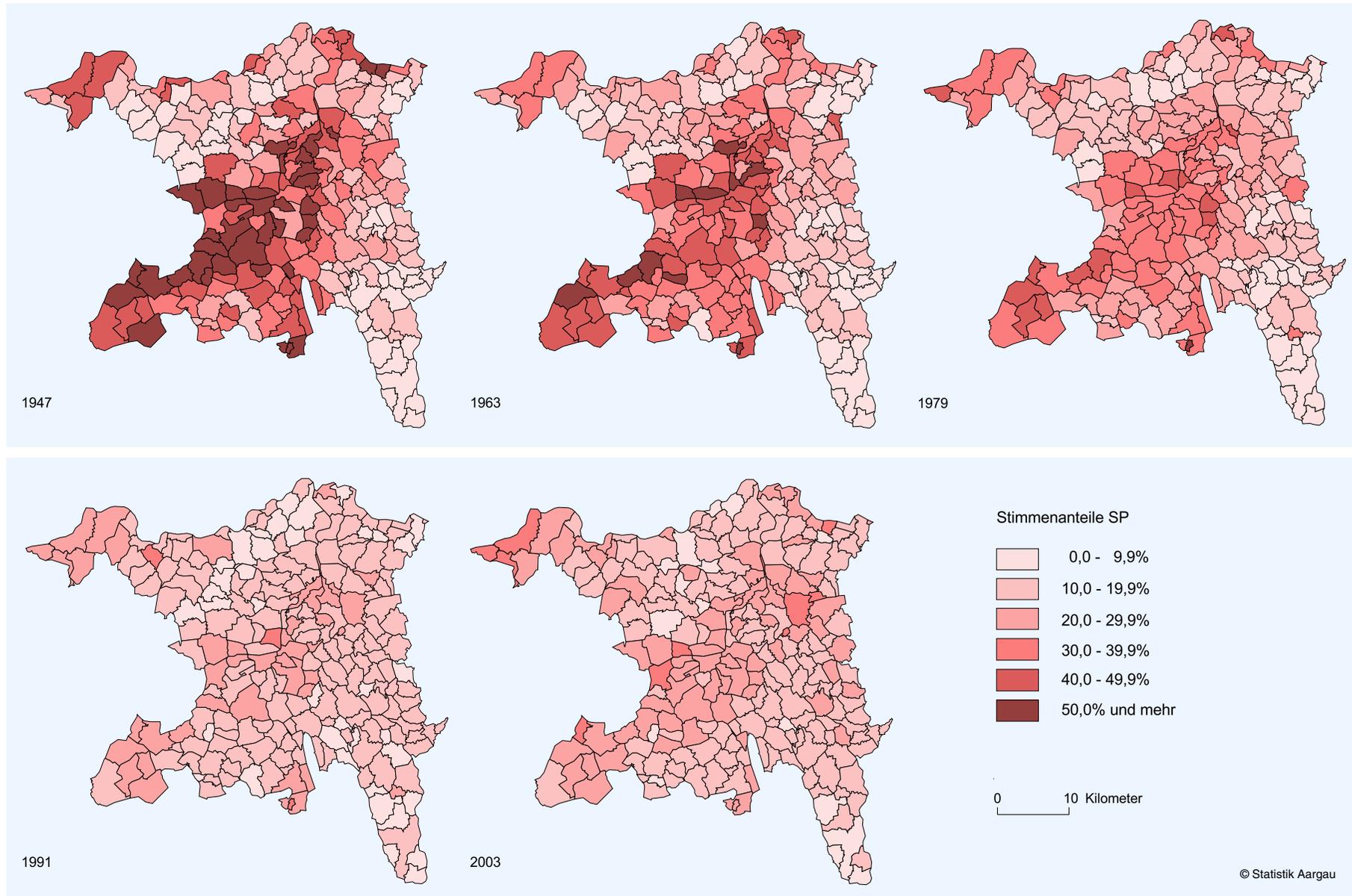
Im Aargau entsprechen die Wähleranteile der Parteien bei den Nationalratswahlen im zeitlichen Verlauf recht gut den gesamtschweizerischen Ergebnissen. Auffallend sind die massiven Stimmengewinne der SVP seit den siebziger Jahren. Seit 1987 verloren parallel dazu die FDP und die CVP Wähleranteile. Auch die SP verlor 1987 und 1991 Stimmen, vermochte danach aber wieder leicht zuzulegen und lag schliesslich bei den Nationalratswahlen 2003 bei einem Wähleranteil von 21,2%, während er bei der SVP 34,6%, bei der CVP 15,6% und bei der FDP 15,3% betrug.

Die Wähleranteile der einzelnen Nicht-Bundesratsparteien lagen zwischen 1947 und 2003 mit Ausnahme der Freiheits-Partei in den Jahren 1991 und 1995 unter 10%. Bei den Wahlen 2003 erreichten die Grünen und die EVP mit 6,0%, respektive 5,2% Wähleranteil die besten Resultate unter den kleinen Parteien.

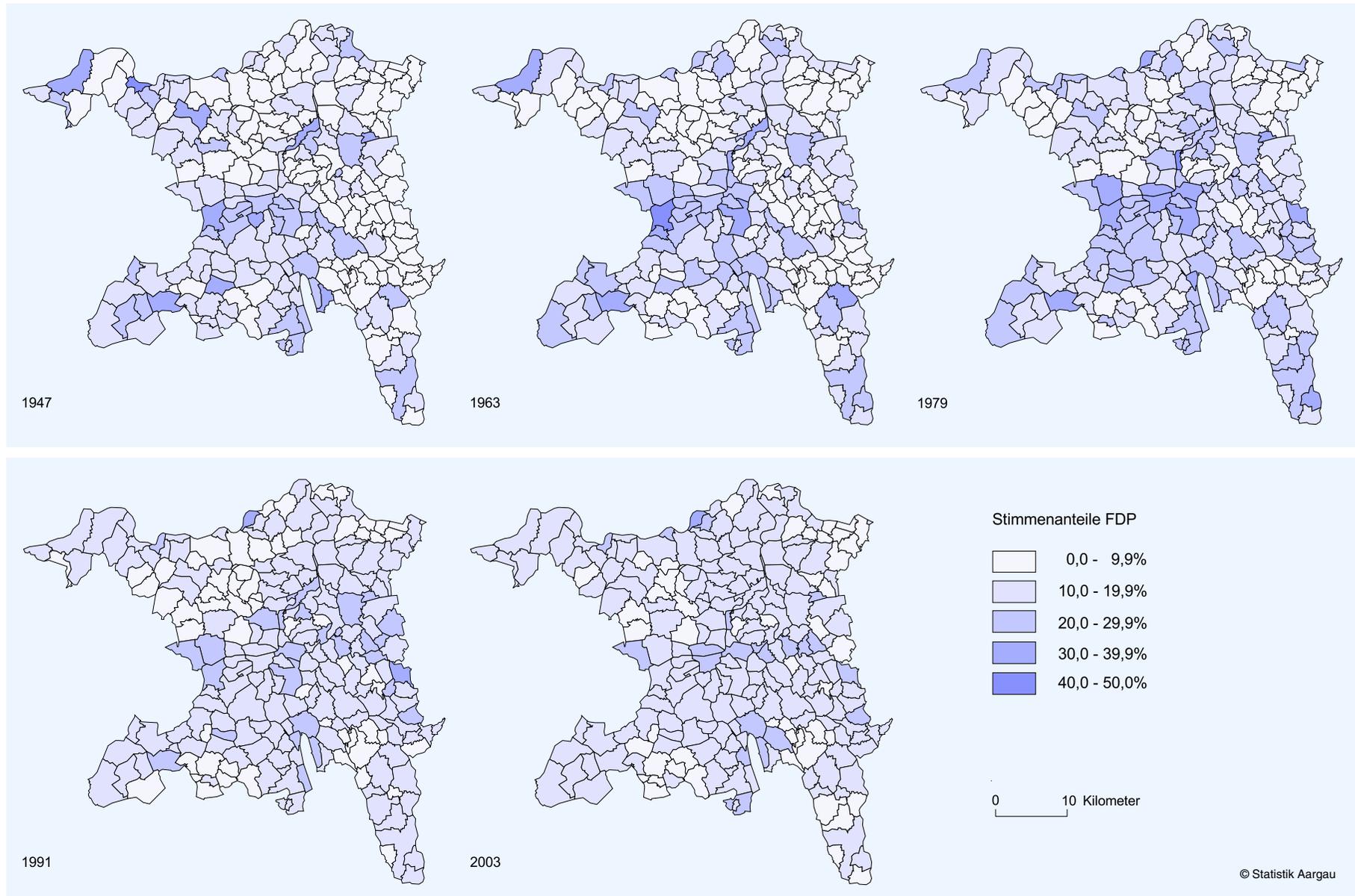
Regionale Unterschiede

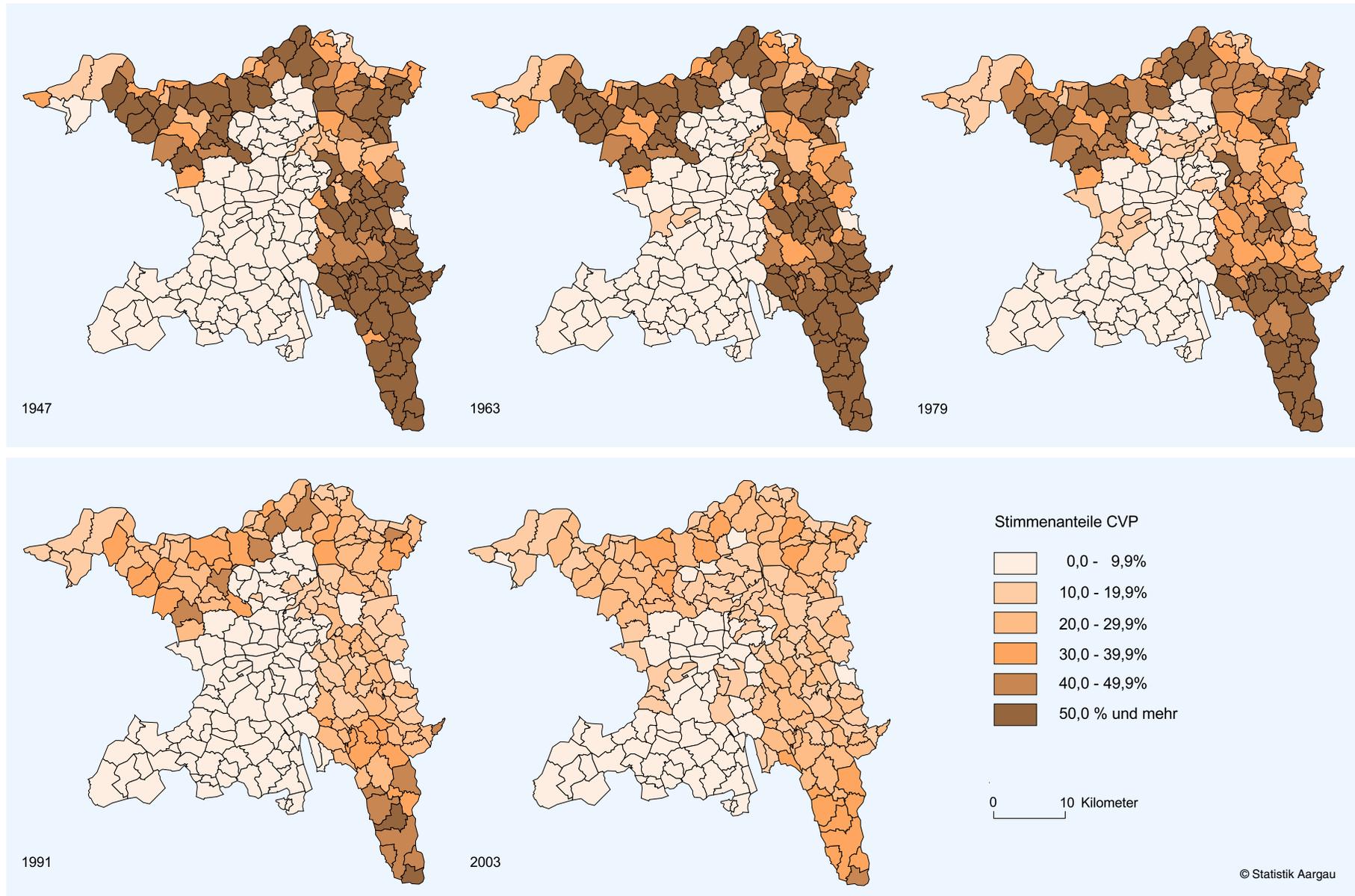
Die Karten auf Seite 38 zeigen die Entwicklung der Parteienlandschaft bei Nationalratswahlen von 1947 bis 2003 nach Bezirken. Die Zunahme des Wähleranteils bei der SVP fand auch in Bezirken statt, in denen traditionellerweise noch in den Achtzigerjahren am meisten CVP-Stimmen abgegeben wurden. Bei den Nationalratswahlen 2003 war die SVP auch in allen elf Bezirken stärkste Partei.

Aus den Gemeindegarten von Seite 40 bis 43 sind die Wähleranteile der vier Bundesratsparteien ersichtlich. Für die SP ergibt sich dabei folgendes Bild: Bis in die Achtzigerjahre war sie in den industriell geprägten, reformierten Gemeinden des Berner Aargaus verhältnismässig stark vertreten. In den Fünfziger- und Sechzigerjahren erzielte sie dort Wähleranteile von teilweise über 50%. Für die Nationalratswahlen 1991 und 2003 ist bezüglich der SP-Parteienstärke keine regionale Grenze mehr auszumachen. Auffällig ist

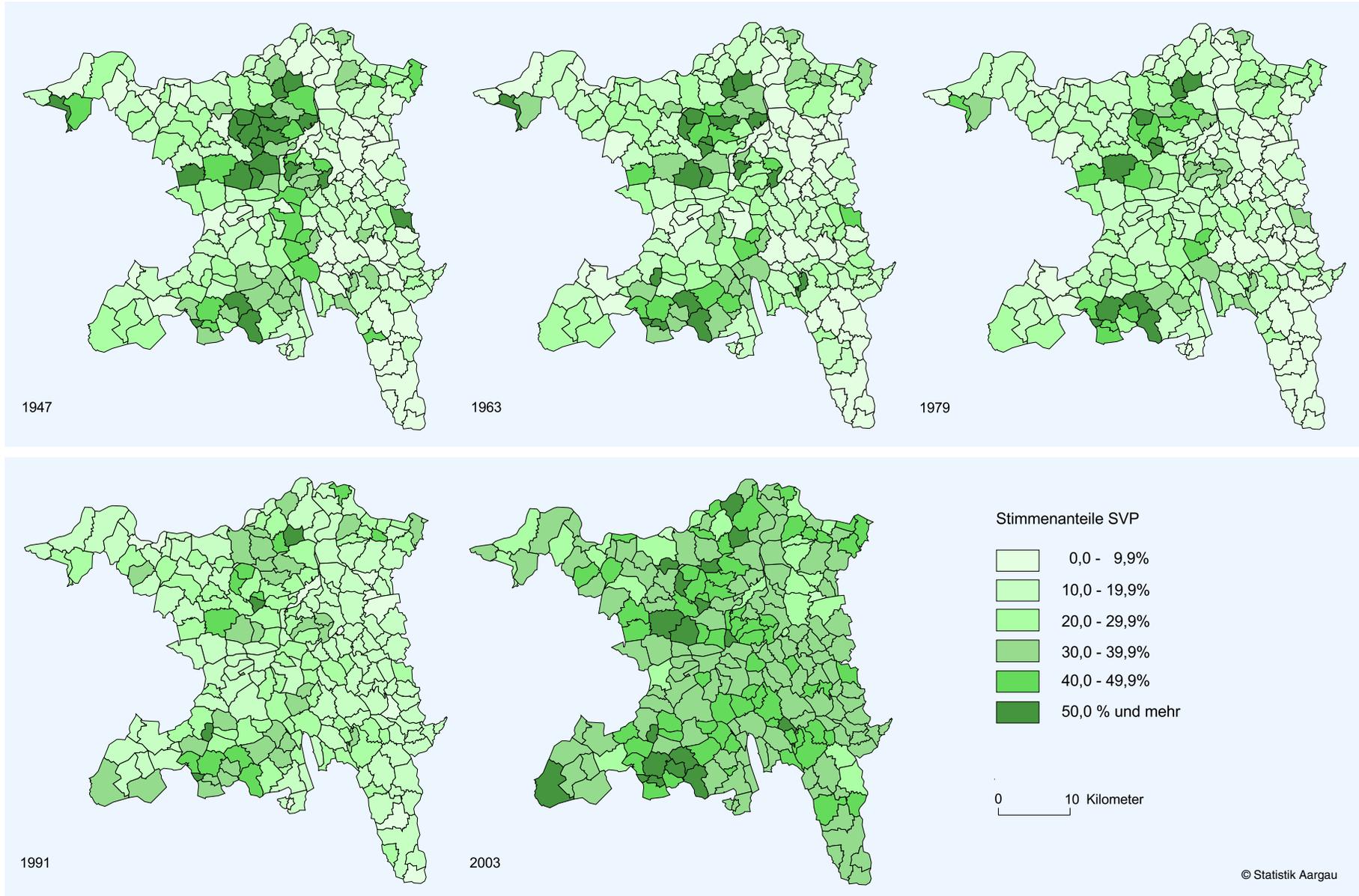
Nationalratswahlen; Stimmenanteil der SP nach Gemeinden in Prozent, 1947–2003

Nationalratswahlen; Stimmenanteil der FDP nach Gemeinden in Prozent, 1947–2003



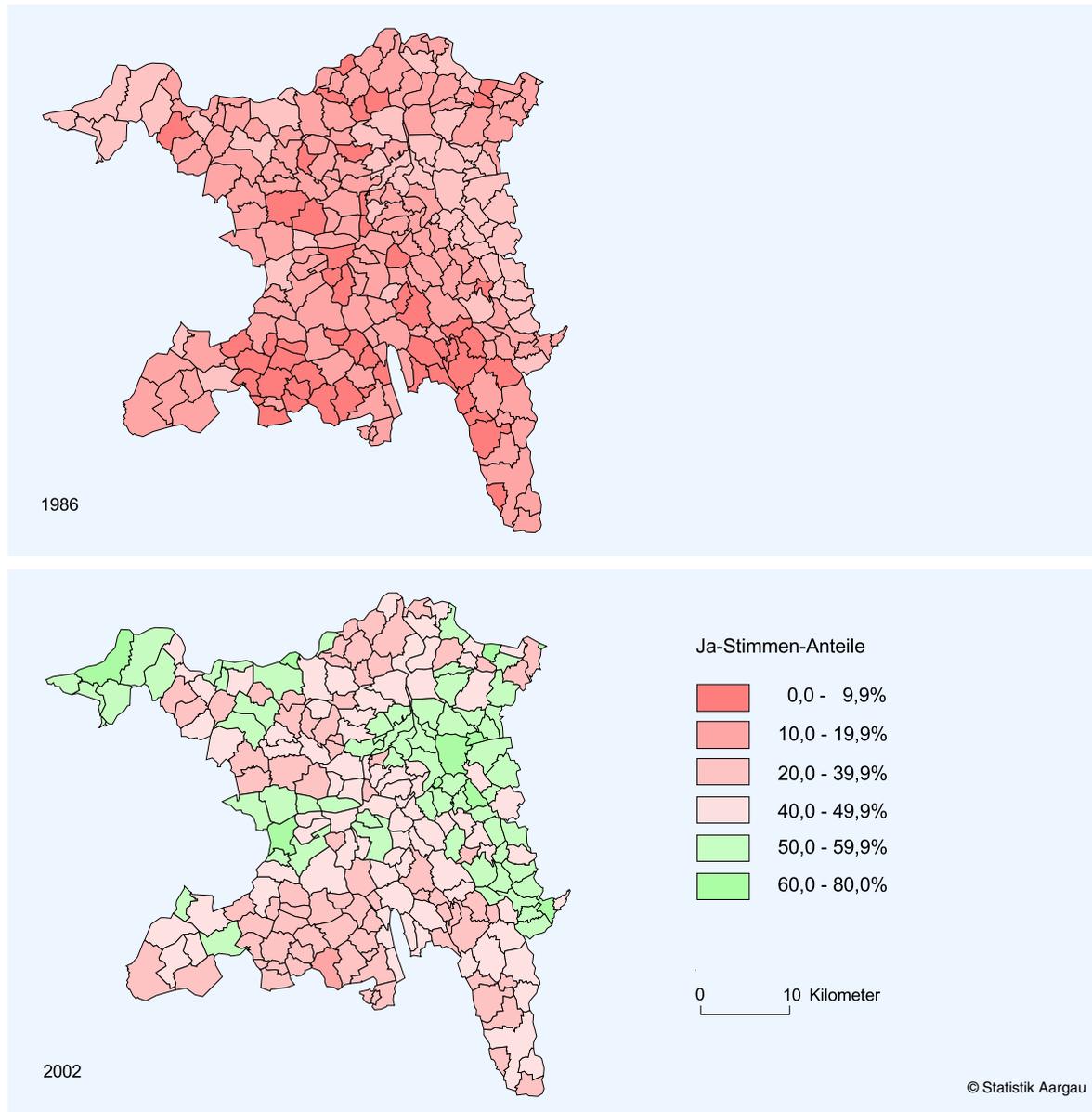
Nationalratswahlen; Stimmenanteil der CVP nach Gemeinden in Prozent, 1947–2003

Nationalratswahlen; Stimmenanteil der SVP nach Gemeinden in Prozent, 1947–2003



5.2 Abstimmungsergebnisse ausgewählter Vorlagen

Ja-Stimmenanteile bei den UNO-Vorlagen nach Gemeinden in Prozent, 1986 und 2002



aber, dass die SP-Wähleranteile in den Städten Aarau, Baden und Rheinfelden verhältnismässig hoch sind.

Die FDP war 1947 im Westaargau stärker vertreten als im Ostaargau. Im ganzen Kanton erzielte sie allgemein in den Städten und in Gemeinden mit Zentrumsfunktionen gute Wahlergebnisse. Zeitlich betrachtet verflacht auch bei der FDP das Bild der Stimmenanteile zwischen den Gemeinden. Bei den Nationalratswahlen 2003 waren diese sehr ausgeglichen.

Die CVP ist traditionell in den katholischen Gemeinden des Freiamts, der Bezirke Baden und Zurzach und im Fricktal stark vertreten. Die regionalen Grenzen haben sich dabei entsprechend den Konfessionsgrenzen (siehe Kapitel 2) im zeitlichen Verlauf aber mehr und mehr verwischt.

Die SVP erreichte im Jahr 1947 vor allem in den ländlichen Gemeinden der Bezirke Aarau, Brugg, Kulm und Zofingen Wähleranteile von über 30%. Nach einem leichten Abwärtstrend bis zum Jahr 1971, stieg der Wähleranteil der SVP bei allen nachfolgenden Nationalratswahlen. Zwischen 1995 und 2003 betrug der Anstieg rund 15%. Tendenziell war der Wähleranteil der SVP im Jahr 2003 in den städtischen Gemeinden am kleinsten, während er in ländlichen vereinzelt über 50% betrug.

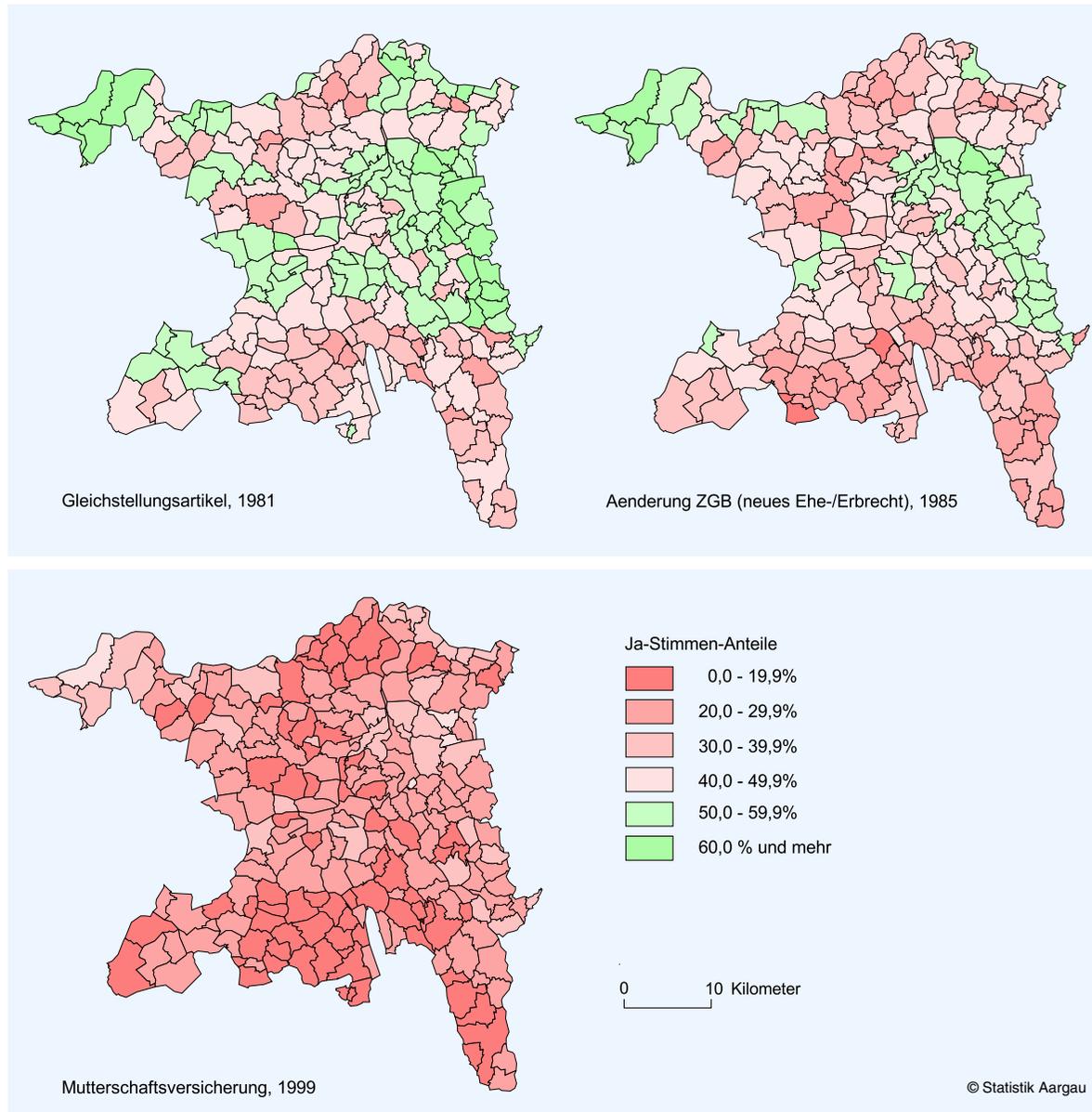
Abstimmungsergebnisse ausgewählter Vorlagen

Bei der Betrachtung von Abstimmungsergebnissen werden die Resultate folgender Bundesvorlagen dargestellt:

UNO-Beitritt

- Bundesbeschluss vom 14.12.1984 über den Beitritt der Schweiz zur Organisation der Vereinten Nationen (Abstimmung vom 16.3.1986).
- Volksinitiative «für den Beitritt der Schweiz zur Organisation der Vereinten Nationen (UNO)» (Abstimmung vom 3.3.2002).

Ja-Stimmenanteile bei Gleichstellungsvorlagen nach Gemeinden in Prozent, 1981, 1985 und 1999



Vorlagen zur Gleichstellungsthematik

- Gegenvorschlag der Bundesversammlung vom 10.10.1980 zur Volksinitiative «Gleiche Rechte für Mann und Frau» (Abstimmung vom 14.6.1981).
- Änderung vom 5.10.1984 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Wirkungen der Ehe im allgemeinen, Ehegüterrecht und Erbrecht; Abstimmung vom 22.9.1985).
- Bundesgesetz über die Mutterschaftsversicherung (MSVG; Abstimmung vom 13.6.1999)

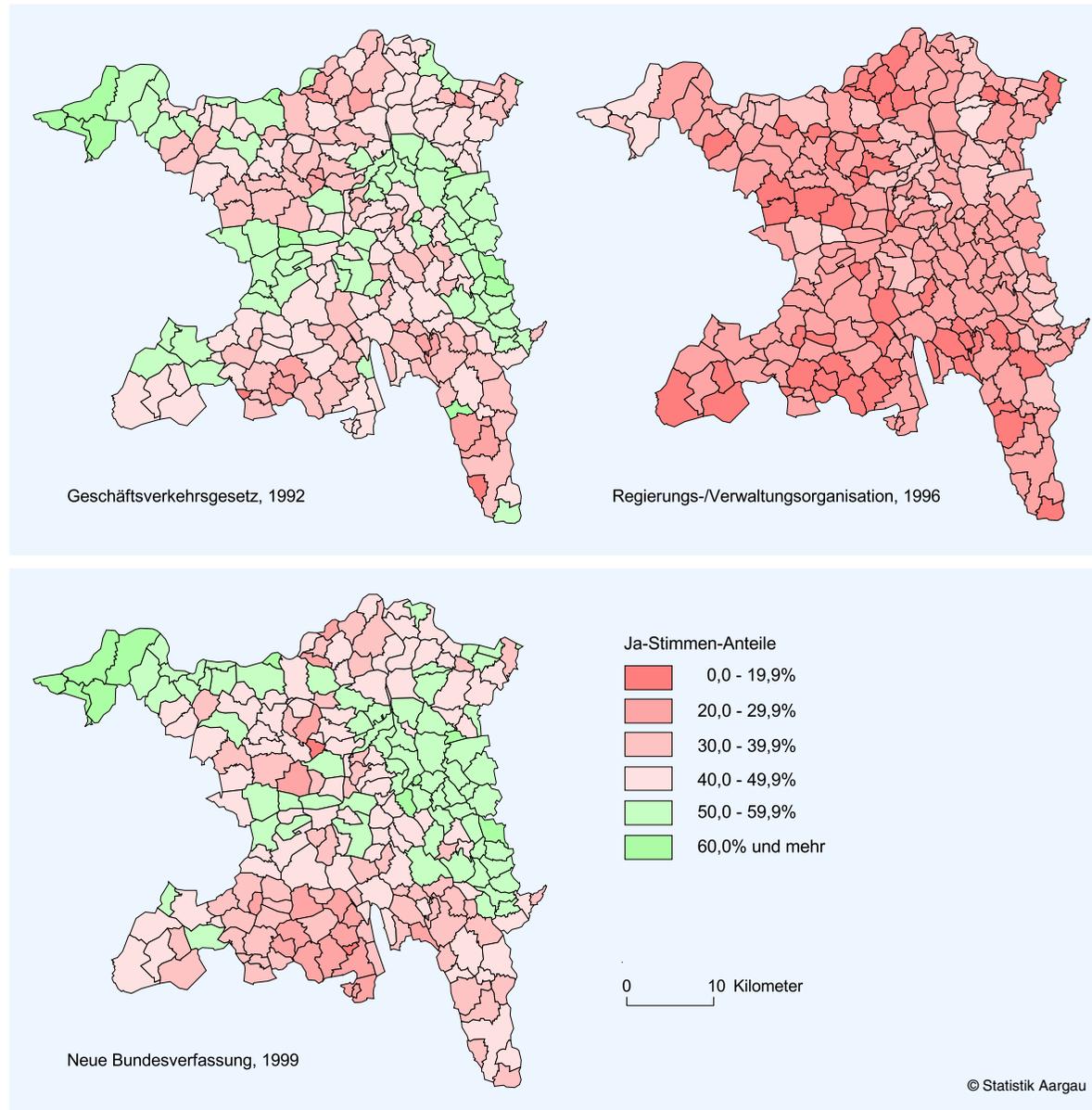
Ziele der Vorlagen zur Gleichstellungsthematik

Der im Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Gleiche Rechte für Mann und Frau» enthaltene Verfassungsartikel hatte einerseits zum Ziel die Forderung für gleiche Rechte von Mann und Frau in der Familie in der Bundesverfassung zu verankern. Andererseits beinhaltet der Gleichstellungsartikel aber auch die Chancengleichheit von Mann und Frau in Erziehung, Schul- und Berufsbildung, bei Anstellung und Berufsausübung. Darin enthalten ist auch das Prinzip vom gleichen Lohn für gleiche oder gleichwertige Arbeit für beide Geschlechter.

Das neue Eherecht hatte zum Ziel, das bisherige, hierarchische Familienmodell durch ein partnerschaftliches zu ersetzen (Bühler, Elisabeth; 2001: 22).

Mit der Vorlage zur Mutterschaftsversicherung wurde beabsichtigt, die Gewährung eines generellen Mutterschaftsurlaubs von 14 Wochen gesetzlich zu verankern. Während der Dauer des Mutterschaftsurlaubs wären 80% des Einkommens von der zu schaffenden Mutterschaftsversicherung zu decken gewesen.

Ja-Stimmenanteile bei Vorlagen zu institutionellen Reformen nach Gemeinden in Prozent, 1992, 1996 und 1999



Reformen der politischen Institutionen

- Änderungen des Bundesgesetzes über den Geschäftsverkehr der Bundesversammlung sowie die Form, die Bekanntmachung und Inkrafttreten ihrer Erlasse (Geschäftsverkehrsgesetz; Abstimmung vom 29.9.1992)
- Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz (RVOG) vom 6. Oktober 1995 (Abstimmung vom 9.6.1996).
- Bundesbeschluss über eine neue Bundesverfassung (Abstimmung vom 18.9.1999)

Ziele der Vorlagen zu den Reformen der politischen Institutionen

Mit der Änderung des Geschäftsverkehrsgesetzes wurde beabsichtigt, parlamentarische Verfahren effizienter zu gestalten und insbesondere die Mitwirkung des Parlamentes in der Aussenpolitik zu verbessern (Erläuterungen des Bundesrates zur Volksabstimmung vom 29.9.1992).

Ziel des neuen Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes war die Stärkung des Bundesrates bei der Organisation der Bundesverwaltung. Gleichzeitig sollten zur Entlastung des Bundesrates zehn Staatssekretäre eingesetzt und neue Arbeitsmethoden wie die wirkungsorientierte Verwaltungsführung eingeführt werden (Erläuterungen des Bundesrates zur Volksabstimmung vom 9.6.1995).

Neuerungen der neuen Bundesverfassung waren unter anderem die Festlegung eines Grundrechtskatalogs, ferner die verfassungsmässige Verankerung der Chancengleichheit, der sozialen Sicherheit, der individuellen und gesellschaftlichen Verantwortung, der Verantwortung gegenüber künftigen Generationen und des Völkerrechts. Die neue Bundesverfassung sollte zudem eine bessere Grundlage bilden um die Partnerschaft zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden zu fördern und gleichzeitig die Gemeindeautonomie stärken.

Allgemeine Entwicklung

Auf einen eigentlichen Meinungswandel hin können nur die beiden UNO-Vorlagen betrachtet werden, da inhaltlich über die gleiche Frage abgestimmt wurde.

Die UNO-Abstimmung von 1986 wurde im Kanton Aargau mit einem Nein-Stimmenanteil von 81,8% deutlicher verworfen als im gesamtschweizerischen Durchschnitt, wo der Nein-Stimmenanteil bei 75,5% lag. Auch die UNO-Beitrittsinitiative von 2002 wurde vom Kanton Aargau mit einem Nein-Stimmenanteil von 51,1% verworfen, während die gesamte Schweiz mit einem Ja-Stimmenanteil von 54,6% zustimmte.

Trotz knapper Ablehnung im Aargau war bei der Abstimmung 2002 die Differenz gegenüber dem gesamtschweizerischen Ergebnis etwas kleiner als noch 1986. Obwohl der UNO-Beitritt im Jahr 2002 im Aargau nicht mehrheitsfähig war, stimmte ein grosser Teil der Abstimmenden (48,9%) dennoch zu. Dies ist wohl einerseits darauf zurückzuführen, dass ein Teil der Bevölkerung zwischen den beiden Abstimmungen die Haltung gegenüber der UNO geändert hat. Andererseits hatte sich aber bei der Abstimmung von 2002 auch die Grundgesamtheit der Abstimmenden über einen Zeitraum von 17 Jahren, bedingt durch die demografische Entwicklung und die Herabsetzung des Stimmrechtsalters auf 18 Jahre, wesentlich verändert.

Die Vorlagen zur Gleichstellungsthematik wurden im Aargau wie folgt entschieden: Dem Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Gleiche Rechte für Mann und Frau» stimmte der Aargau weniger deutlich, dem neuen Eherecht aber deutlicher zu als die gesamte Schweiz. Die Ablehnung der Mutterschaftsversicherung fiel im Aargau deutlicher aus als für die gesamte Schweiz.

Auch bei den Abstimmungsvorlagen, die im Zusammenhang mit den politischen Reformen gezeigt werden, unterscheiden sich die Abstimmungsergebnisse im

Kanton Aargau von den gesamtschweizerischen. Am geringsten fiel der Unterschied beim Geschäftsverkehrsgesetz aus, welches im Kanton Aargau mit einem Nein-Stimmenanteil von 50,2% nur knapp verworfen wurde, während die Vorlage mit einem Ja-Stimmenanteil von 58,0% gesamtschweizerisch deutliche Zustimmung fand.

Deutlicher unterscheiden sich die Resultate für das Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz (RVOG) und für die neue Bundesverfassung. Das RVOG wurde sowohl auf gesamtschweizerischer wie auch auf kantonaler Ebene klar verworfen, wobei im Kanton Aargau die Ablehnung mit einem Ja-Stimmenanteil von lediglich 28,1% deutlicher ausfiel (gesamte Schweiz: 39,4%). Die Vorlage über die neue Bundesverfassung hingegen wurde im Aargau mit einem Ja-Stimmenanteil von 49,1% knapp verworfen, während sie gesamtschweizerisch mit 59,2% Ja-Stimmen eine Mehrheit fand.

Da sich sowohl die Vorlagen zur Gleichstellungsthematik, wie auch zu den institutionellen Reformen inhaltlich stark unterscheiden, können aus dem zeitlichen Vergleich der Abstimmungsergebnisse keine eindeutigen Schlussfolgerungen bezüglich Meinungswandel zu den betrachteten Themenbereichen gezogen werden.

Regionale Unterschiede

Bei der regionalen Verteilung der Ja-Stimmenanteile gibt es klare Unterschiede. Dabei fällt auf, dass die regionalen Muster der Ja-Stimmenanteile bei allen betrachteten Vorlagen ähnlich sind. Grosse Teile der Bezirke Baden und Bremgarten, der nach Basel ausgerichtete Teil des Bezirks Rheinfelden, die Rheinanliegergemeinden des Bezirks Zurzach sowie die Agglomerationen Aarau, Brugg, Lenzburg und Zofingen standen mit einem vergleichsweise hohen Ja-Stimmenanteil den dargestellten Vorlagen offener ge-

genüber als die übrigen, eher ländlich geprägten Regionen des Kantons Aargau.

Vergleicht man die regionale Verteilung der Ja-Stimmenanteile für die ausgewählten Abstimmungsvorlagen mit Karten zu anderen Themen fällt auf, dass die Regionen mit hohen Ja-Stimmenanteilen beispielsweise weitgehend mit jenen Regionen übereinstimmen, die einen hohen Anteil an Beschäftigten im Dienstleistungssektor aufweisen (siehe dazu Kapitel 3.1, Seite 23).

Publikationen des Statistischen Amtes

<i>STATISTISCHES JAHRBUCH</i>	<i>Seit 1986</i>
<i>AARGAUER ZAHLEN</i>	<i>Zusammenfassung wichtiger Daten von Kanton und Gemeinden jährlich, seit 1976</i>
<i>STATISTISCHE INFORMATIONEN</i>	<i>Allgemeine statistische Daten, Zusammenfassungen und Ankündigungen von Publikationen, Hinweise auf statistische Publikationen von Bund und anderen Kantonen. 2 bis 4 mal jährlich, seit 1978</i>
<i>HEFTE UND MITTEILUNGEN</i>	
<i>Baustatistik</i>	<i>jährlich, seit 1970</i>
<i>Bevölkerungsstatistik</i>	<i>jährlich, seit 1972</i>
<i>Gemeindefinanzstatistik</i>	<i>jährlich, seit 1973</i>
<i>Motorfahrzeugstatistik</i>	<i>1958–1973, jährlich, seit 1976</i>
<i>Schulstatistik</i>	<i>jährlich, seit 1970</i>
<i>Lehrkräftestatistik</i>	<i>jährlich, seit 1995</i>
<i>Steuerstatistik</i>	
– <i>Natürliche Personen</i>	<i>1969, alle zwei Jahre, seit 1975</i>
– <i>Juristische Personen</i>	<i>alle zwei Jahre, seit 1975</i>
<i>Strassenverkehrsunfälle</i>	<i>jährlich, seit 1977</i>
<i>Wahlen und Abstimmungen</i>	
– <i>Grossratswahlen</i>	<i>alle vier Jahre, seit 1973</i>
– <i>Statistik über die Wahlbeteiligung</i>	<i>alle vier Jahre, seit 1973</i>
– <i>Nationalratswahlen</i>	<i>alle vier Jahre, seit 1983</i>
– <i>Kantonale und eidgenössische Volksabstimmungen</i>	<i>1970 bis 1973, 1974 bis 1980, 1981 bis 1987, 1988 bis 1995, ab 1996 in den Statistischen Informationen</i>
<i>Betriebszählung</i>	<i>1975, 1985, 1991, 1995 und 2001: Hauptergebnisse, Daten und Analysen</i>
<i>Volkszählung</i>	<i>1970, 1980, 1990 und 2000: Bevölkerung, Erwerb und Beruf, Pendler, Gebäude und Wohnungen, Haushalte und Familien</i>
<i>DATENBANK-ANGEBOT</i>	<i>Zeitreihen und aktuelle statistische Informationen auf Gemeinde-, Bezirks- und Kantonsebene</i>
<i>INTERNET-ANGEBOT</i>	<i>http://www.ag.ch/staag</i>

Bezugsadresse

*Kantonales Statistisches Amt
Bleichemattstrasse 4
5000 Aarau*

*Telefon 062 835 13 00
Telefax 062 835 13 10
e-Mail statistik@ag.ch*



Kantonales Statistisches Amt, Bleichemattstrasse 4, 5000 Aarau, Tel. 062 835 13 00

**STATISTISCHES
AMT AARGAU**